

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Petra Crone, Michael Groß,
Sören Bartol, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 17/12893 –**

Sachstand und Perspektiven für den Holzbau im privaten Sektor

Vorbemerkung der Fragesteller

Holz als klimaneutraler Roh- und Werkstoff hat ökologische und technische Vorteile. Holz leistet einen erheblichen Beitrag, klimaschädliches CO₂ langfristig stofflich zu binden. Am besten und langfristigsten ist diese Bindung in Form von Holzbauteilen zu erreichen. Hinzu kommt, dass Wohnhäuser in Holzbauweise erheblich weniger Energie verbrauchen. Im Zuge der Charta für Holz versucht die Bundesregierung, den Pro-Kopf-Verbrauch an Holz und Holzprodukten zu steigern und fördert z. B. ausgewählte Holzbauprojekte im öffentlichen Bereich. Statistiken zeigen jedoch, dass die Bemühungen noch nicht in den Privatbausektor übergegriffen haben. Die Anzahl der genehmigten Wohngebäude in Holzbauweise ist seit einigen Jahren rückläufig. Darüber hinaus zeigen sich regionale Unterschiede, die es zu hinterfragen gilt. Offensichtlich existieren gesetzliche Hemmnisse und Imageprobleme bei der Verwendung von Holz im privaten Baubereich. Auch hinsichtlich der Rohstoffbeschaffung und -versorgung in den nächsten Jahren sind noch viele Fragen offen. Die Anzahl der Auszubildenden im Zimmerei- und Holzbaubereich nimmt von Jahr zu Jahr ab. Einem der traditionsreichsten Berufe des Bauhauptgewerkes droht der Fachkräftemangel.

Vorbemerkung der Bundesregierung

In der Vorbemerkung der Fragesteller wird zutreffend auf ökologische Vorzüge von Holz hingewiesen. Einige der getroffenen Aussagen sind jedoch unzutreffend bzw. können zu Missverständnissen führen. So ist der Energieverbrauch von Wohnhäusern in Holzbauweise nicht automatisch niedriger als der von Häusern aus mineralischen oder anderen Baustoffen. Der Energieverbrauch hängt von einer Vielzahl von Faktoren ab (von der auf den jeweiligen Baustoff zugeschnittenen Konstruktion bis hin zur fachgerechten Ausführung). Niedrigenergie- und Passivhäuser lassen sich nicht nur in Holz, sondern auch mit anderen Baumaterialien realisieren. Ein ökologischer „Mehrwert“ nachhaltig erzeugten Holzes gegenüber anderen Baustoffen findet sich allerdings in der ökobilanzziel-

len Betrachtung. Dafür ist neben Energieeinspareffekten in der Herstellungskette von Holzbaustoffen auch der Beitrag des Waldes und von Holzprodukten zum Klima- und Umweltschutz ursächlich (Entlastung der Treibhausgasbilanzen, Vermeidung von Flächenverbrauch etc.).

Ebenso bedarf der Hinweis, dass die Bemühungen der Bundesregierung im Zuge der Umsetzung der Charta für Holz (Holzcharta)¹ noch nicht auf den Privatbausektor übergreifen hätten, einer Korrektur. Die Anzahl der genehmigten Wohn- und Nichtwohngebäude in Holzbauweise ist zwar (dem allgemeinen Trend folgend) wegen der Finanz- und Immobilienkrise im Jahr 2007 gesunken, seit 2008 ist die Entwicklung aber wieder nach oben gerichtet (Tabelle 1).

Tabelle 1: Entwicklung der Neubaugenehmigungen von Holzgebäuden

Jahr	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Wohngebäude in Holzbauweise	18 932	12 424	12 664	13 032	14 666	17 074
Nichtwohngebäude in Holzbauweise	4 887	4 966	5 866	5 878	6 085	5 824
Summe	23 819	17 390	18 530	18 910	20 751	22 898

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Der relative Anteil der Holzbauweise an Baugenehmigungen und Fertigstellungen hat zudem über viele Jahre nahezu kontinuierlich und vor allem im privaten Wohnbausektor zugenommen. Ferner erfasst die Statistik nicht den Einsatz von Holz bei Gebäudesanierungen, Modernisierung und Umbauarbeiten. Gerade im privaten Bereich werden hier große Mengen an Holzprodukten verarbeitet.

Hinzu kommen vermehrte Genehmigungen moderner Holzbauweisen im mehrgeschossigen Wohnungsbau (derzeit in Deutschland bis zu acht Geschossen realisiert). Damit relativiert sich auch der Hinweis, dass Holz ein Imageproblem habe und der Holzbau unter gesetzlichen Hemmnissen leide.

1. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung die aktuelle Holzbauquote gemessen am gesamten Bauvolumen in der Bundesrepublik Deutschland, und wie stellt sich diese aufgeschlüsselt nach Bundesländern dar?

Nachfolgende Informationen basieren auf Angaben des Statistischen Bundesamtes². Im Jahr 2011 wurde in Deutschland die Errichtung von rd. 145 000 Wohn- und Nichtwohngebäuden genehmigt. Üblicherweise wird die Holzbauquote im Hochbau anhand der Anzahl der genehmigten Neubauvorhaben ermittelt. Gemessen daran beträgt der Anteil der Gebäude mit Holz als überwiegendem Baustoff (im Folgenden „Holzbauquote Gebäude“) 15,8 Prozent. Gemessen am fertiggestellten Neubauvolumen 2011 (veranschlagte Kosten) erreicht die Holzbauquote 9,2 Prozent und gemessen am fertiggestellten Rauminhalt ebenfalls 9,2 Prozent. Bezogen auf die Anzahl der Gebäude liegt die Holzbauquote bei den Wohngebäuden geringfügig unter, bei den Nichtwohngebäuden deutlich über dem Gesamtdurchschnitt (Tabelle 2).

¹ www.bmelv.de/SharedDocs/Downloads/Landwirtschaft/Wald-Jagd/ChartaFuerHolz.pdf?__blob=publicationFile.

² Statistisches Bundesamt, 2011. Bauen und Wohnen – Baufertigstellungen von Wohn- und Nichtwohngebäuden (Neubau) nach überwiegend verwendetem Baustoff – Lange Reihen ab 2000. Wiesbaden
Statistisches Bundesamt, 2011. Bauen und Wohnen – Baugenehmigungen/Baufertigstellungen – Lange Reihen z. T. ab 1949. Wiesbaden.

Tabelle 2: Holzbauquoten in Prozent nach Genehmigungen und Fertigstellungen 2011

	Wohnbau	Nicht-Wohnbau	Gesamt
Genehmigungen 2011	(%)		
Gebäude (Anzahl)	15,2	18,1	15,8
Rauminhalt (m ³)	11,0	7,3	8,7
veranschlagte Kosten (€)	11,6	4,9	8,7
Fertigstellungen 2011	(%)		
Gebäude (Anzahl)	15,0	18,5	15,8
Rauminhalt (m ³)	11,6	7,8	9,2
veranschlagte Kosten (€)	12,4	5,1	9,2

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 5, R.1.2011.

Tabelle 3 zeigt die Holzbauquoten nach Bundesländern und berechnet nach der Anzahl der genehmigten Neubauvorhaben. Es zeigt sich ein Nord-Süd-Gefälle von teils unter 5 Prozent im Norden und bis zu 40 Prozent im Südwesten bzw. 24 Prozent im Süden. Die zuletzt stark angestiegene Holzbauquote im Saarland lag in den Vorjahren bei max. 15 Prozent.

Tabelle 3: Holzbauquoten in Prozent (2011) berechnet nach Anzahl der Baugenehmigungen

Bundesland	Anteil (%)
Baden-Württemberg	24,0
Bayern	19,5
Berlin	8,7
Brandenburg	11,4
Bremen	4,6
Hamburg	4,9
Hessen	19,5
Mecklenburg-Vorpommern	15,2
Niedersachsen	10,7
Nordrhein-Westfalen	9,2
Rheinland-Pfalz	18,6
Saarland	40,2
Sachsen	11,7
Sachsen-Anhalt	8,3
Schleswig-Holstein	13,9
Thüringen	13,5
Deutschland	15,8

Quelle: Statistisches Bundesamt.

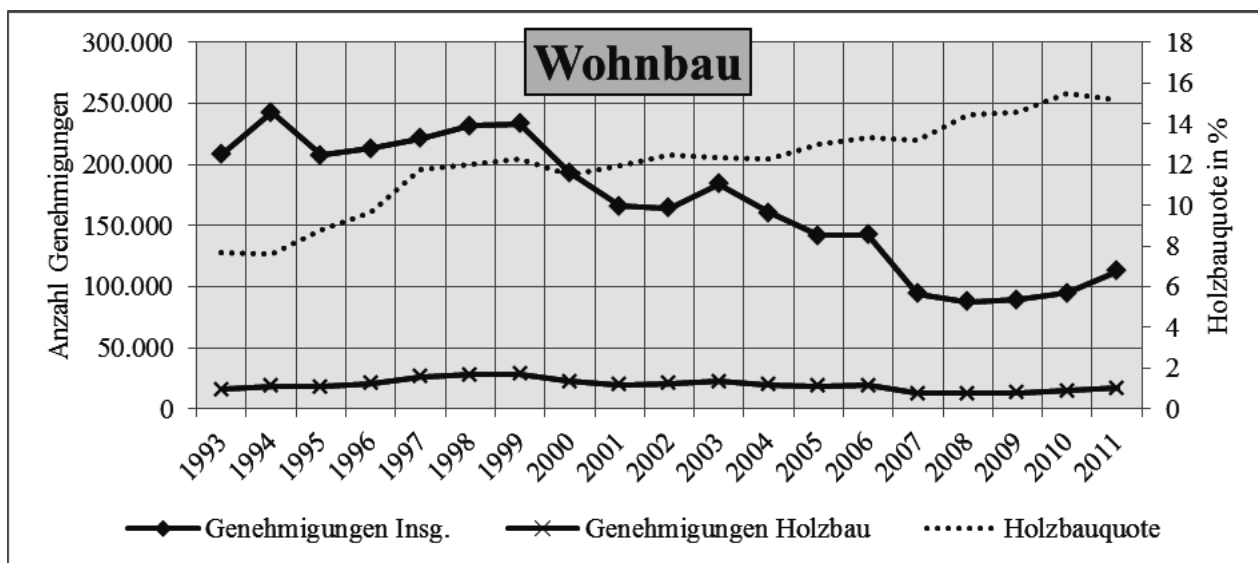
2. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung die Holzbauquote im privaten Wohnungsbausektor (bitte jeweils in Neubau und Sanierung unterteilen)?
3. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung die Holzbauquote im privaten Nichtwohnungsbausektor (bitte jeweils in Neubau und Sanierung unterteilen)?

Die Fragen 2 und 3 werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Eine Unterscheidung in Neubau und Sanierung ist nicht möglich, da eine Sanierung zumeist nicht der Genehmigung bedarf und somit nur unzureichend in der amtlichen Bautätigkeitsstatistik abgebildet ist. Die amtliche Bautätigkeitsstatistik erfasst nur denjenigen Baustoff, der bei der Erstellung der tragenden Konstruktion des Gebäudes überwiegend Verwendung findet. Somit wird die Verwendung des Baustoffes Holz (z. B. für die Fassade oder andere nichttragende Bauteile) durch die hier dargestellte Holzbauquote nicht abgebildet.

Auf Grundlage von Angaben des Statistischen Bundesamtes zur Anzahl der genehmigten Neubauvorhaben im Jahr 2011 beträgt die Holzbauquote im Wohnbau aktuell 15,15 Prozent (vgl. Abbildung 1).

Abbildung 1: Entwicklung des Wohnbaus in der Bundesrepublik Deutschland



Quelle: Statistisches Bundesamt: Bauen und Wohnen. Baugenehmigungen von Wohn- und Nichtwohngebäuden nach überwiegend verwendetem Baustoff, Lange Reihen ab 1980.

Nach analoger Ermittlung wie im Wohnbau ergibt sich für die Holzbauquote im Nicht-Wohnungsbauektor ein Anteil von 18,14 Prozent im Jahr 2011. Die Anzahl der Genehmigungen bewegt sich seit 2008 im Bereich von 5 800 bis 6 000. Der Anteil der Holzbauten an den Gesamtgenehmigungen im Nichtwohnbauektor hat seit 2009 eine leicht fallende Tendenz mit 19,9 Prozent in 2009 und 19,6 Prozent in 2010, da die sonstigen Neubaugenehmigungen in den letzten Jahren überproportional gestiegen sind.

Die derzeit aktuellste Studie zum Modernisierungsmarkt mit Fokus auf die Holzverwendung stammt aus dem Jahr 2002 (erstellt noch im Auftrag des seit 2009 in Abwicklung befindlichen Holzabsatzfonds)³. Demzufolge entfielen vor über zehn Jahren ca. 60 Prozent (12,2 Mio. m³) des gesamten Nadel-schnittholzverbrauchs auf das Bauwesen und davon ca. 7,4 Mio. m³ auf die Modernisierung. Der Wohnbau hatte im Jahr 2000 einen Anteil an dem gesamten Nadel-schnittholzverbrauch im Bauwesen von 46,5 Prozent, der Nicht-Wohnungsbau von 13,5 Prozent.

„Holzbau Deutschland – Bund Deutscher Zimmermeister im Zentralverband des Deutschen Baugewerbes“ (BDZ) teilt mit, dass es sich bei den Bautätigkeiten in Deutschland überwiegend um Maßnahmen im Bestand handelt (Gebäudesanierung/Modernisierung), die meist von Privatpersonen durchgeführt werden. BDZ führt 75 Prozent der Holzbautätigkeit in 2010 auf private Bauherren zurück. Dabei wurden zu 49 Prozent Bestandsbaumaßnahmen durchgeführt.

Nach Informationen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) ist der Anteil der Modernisierung am Bauvolumen vom Jahr 2000 bis zum Jahr 2011 von 54 Prozent auf ca. 73 Prozent gestiegen.

Zur Fragestellung sind aktuellere Informationen aus einer laufenden „Marktstudie zur Holzverwendung im Bauwesen“ zu erwarten, die im Rahmen der Holzcharta vom Thünen-Institut begleitet wird. Die Fertigstellung der Studie ist für Anfang 2014 vorgesehen.

4. Welche Tendenzen sieht die Bundesregierung bezüglich der Antworten zu den Fragen 1 bis 3?

Die überwiegend im Holzbau errichteten Gebäude haben ihren Marktanteil steigern können: Die „Holzbauquote Gebäude“ ist in den vergangenen zehn Jahren um drei Prozentpunkte, die „Holzbauquote Rauminhalt“ um 5 Prozentpunkte angestiegen. Sowohl bei den Wohn- als auch bei den Nichtwohngebäuden sind die Marktanteile gestiegen. Bei den Wohngebäuden wird der gestiegene Marktanteil vorwiegend durch den Bau von Ein- und Zweifamilienhäusern getragen.

Die technische Weiterentwicklung des Holzbaus macht deutlich, dass neben überwiegend traditionellen Holzbauweisen in ländlichen Räumen der moderne Holzbau durchaus das Potenzial besitzt, in urbane Räume und Ballungszentren stärker vorzudringen (z. B. 7-geschossiges Holzwohnhaus in Berlin, 8-geschossiges Holzgebäude in Bad Aibling, „Wood-Cube“ auf der Internationalen Bauausstellung Hamburg⁴). Hinzu kommen gute Perspektiven für die Holzverwendung im Sanierungs- und Modernisierungsmarkt (u. a. Gebäudeaufstockungen, wärmedämmende Fassadenelemente, neue Werkstoffverbünde mit Holz im Fenster- und Türenbau etc.). Für die Verwendung von Holz ist dieses Marktsegment inzwischen von großer Bedeutung.

Prognosen über zukünftige Entwicklungen sind Bestandteil der bereits erwähnten Marktstudie zur Holzverwendung im Bauwesen des Thünen-Instituts.

³ Mantau U, Kaiser C (2002) Holzeinsatz im Modernisierungsmarkt 2000. Abschlussbericht. Studie im Auftrag des Holzabsatzfonds (HAF). Celle, 2002.

⁴ www.woodcube-hamburg.de/.

5. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung die Holzbauquote in den Nachbarländern der Bundesrepublik Deutschland (Österreich, Schweiz, Frankreich, Dänemark, Schweden und Polen), und wie erklärt sich die Bundesregierung eventuelle Differenzen?
8. Wie erklärt sich die Bundesregierung eventuelle Unterschiede in den Holzbauquoten der Bundesländer?
Wo liegen ihrer Meinung nach die Ursachen?

Die Fragen 5 und 8 werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Holzbauquote der Mitgliedsstaaten wird durch EUROSTAT nicht erfasst. Tabelle 4 stellt Rechercheergebnisse des Thünen-Instituts vor, wobei nicht für alle der genannten Länder Angaben aus der einschlägigen Literatur herzuleiten sind (für Dänemark und Polen liegen keine Angaben vor).

Tabelle 4: Holzbauquoten in ausgewählten Nachbarländern

Land	Holzbauquote	Bezugsjahr	Bemerkung
Schweden	55 %	2009	„Nationale Strategie für mehr Holz im Bauwesen“
Österreich	39 %	2008	
Schweiz	11 %	2011	Quote bei An- und Umbauten: 24 %
Frankreich	Ziel >10 %		Einführung einer verbindlichen Holzeinsatzquote in 2010

Quellen: proHolz Austria (2011)⁵, Schweizerischer Baumeisterverbandes (2012)⁶, Mikado (2012)⁷, Hartmann (2012)⁸.

Zusätzliche Recherchen über die Deutschen Botschaften in Warschau und Kopenhagen führten zu dem Ergebnis, dass amtliche Statistiken, die Aussagen über Holzbauquoten erlauben, nicht verfügbar sind. Ein dänischer Holzindustrieverband lieferte folgende Einschätzung: Einfamilienhäuser ca. 15 Prozent, Mehrfamilienhäuser ca. 5 Prozent, Kindergärten ca. 50 Prozent.

Ergänzend hierzu wurde die Produktion der genannten Länder bezüglich vorgefertigter Gebäude und Gebäudeteile ausgewertet. Tabelle 5 stellt die Ergebnisse in einer Übersicht dar. Als Vergleichsgrößen sind zusätzlich die Werte für Deutschland und der EU27 angegeben. Die Schweiz meldet keine Prodcom-Daten. Die Übersicht zu den vorgefertigten Gebäuden/Gebäudeteilen erfasst allerdings nur ein Teil des gesamten Hochbausektors, weshalb aus den Angaben nicht auf eine Holzbauquote für den Gesamtsektor geschlossen werden kann (wie auch der Vergleich mit den Angaben in Tabelle 4 verdeutlicht).

⁵ ProHolz Austria, Holzbauanteil Österreich, Stat. Erhebung Hochbau ISBN 978-3-902320-84-1.

⁶ Holzbaustudie des Schweizerischen Baumeisterverbandes 2011.

⁷ Mikado 12/2012 Der Holzbau verlässt seine Nische.

⁸ Günther Hartmann, Bauen Wohnen Leben, Mai 2012.

Tabelle 5: Produktion bezüglich vorgefertigter Gebäude und Gebäudeteile in ausgewählten Nachbarländern (Angaben in Prozent)

Vorgefertigte Gebäude oder Gebäudeteile aus...	... Holz	... Kunststoffen	... Zement, Beton oder Kunststein (Kalksandstein) – nur Bauelemente	... Zement oder Betonfertigteilen	... Stahl	... Aluminium	Summe
Schweden	74,3	0,0	10,1		15,6		100,0
Österreich	47,8		22,3	3,6	25,1	1,2	100,0
Deutschland	47,6			8,4	43,3	0,7	100,0
Dänemark	18,5		80,3		1,2		100,0
Frankreich	4,7		39,3	3,6	52,4		100,0
Polen	4,6	0,3	65,6	2,0	19,3	8,3	100,0
EU27	19,1	1,3	33,0	6,9	36,6	3,0	100,0

Quelle: Eurostat Produktionsdaten PRODCOM 2011. Anteile berechnet aus der abgesetzten Produktion in Werten. Berücksichtigt wurden die Codes 16.23.20.00, 22.23.20.00, 23.61.12.00, 23.61.20.00, 25.11.10.30, 25.11.10.50. Bei Leeren Zellen lagen keine Angaben vor. Schweiz meldet nicht.

6. Welche Handlungsempfehlungen gibt die Bundesregierung an Architekten, Planer, Bauherren und Gewerken, die dazu beitragen, eine umweltfreundliche Entwicklung in der Baubranche zu fördern?
11. Welche Maßnahmen unternimmt die Bundesregierung, den Holzbau konkret zu fördern (bitte die einzelnen Maßnahmen nach a) öffentlichen Bauten und b) im privaten Bausektor auflisten)?

Die Fragen 6 und 11 werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Bundesregierung unterstützt mit ihrer Initiative für nachhaltiges Bauen die Innovations- und Investitionskräfte des Marktes für Ressourcen sparendes Bauen. In diesem Sinne wurde bereits mit der Einführung des Leitfadens „Nachhaltiges Bauen“ im Jahre 2001 für den Bundesbau eine Neuorientierung eingeleitet, die das Planen, Bauen und Nutzen von Gebäuden und Liegenschaften auf Nachhaltigkeit ausrichtet⁹. Gestützt durch die Forschungsinitiative „Zukunft Bau“ des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) wurden notwendige Bausteine entwickelt, um den Leitfaden vollständig zu überarbeiten. Neben aktuellen baupolitische Anforderungen umfasst der aktuelle Leitfaden erstmals Kriterien und Berechnungsgrundlagen, die den Beitrag des Gebäudes zu einer nachhaltigen Entwicklung methodisch abgesichert ausweisen.

Seit 2011 ist die Neufassung des Leitfadens Nachhaltiges Bauen in Verbindung mit dem Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen (BNB) im Bundesbau verpflichtend zu beachten. Alle notwendigen Daten, die zur Umsetzung des Leitfadens benötigt werden, hat BMVBS kostenfrei (auch für private Systemanbieter) im Internet auf den Internetseiten des Informationsportals Nachhaltiges Bauen zur Verfügung gestellt¹⁰. Es handelt sich insbesondere um Daten für die Ökobilanzierung von Bauprodukten und -prozessen, Daten für die Nutzungsdauer von Bauteilen sowie umweltbezogene Baustoffinformationen.

⁹ BMVBS (2011) Leitfaden Nachhaltiges Bauen. Berlin: Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung, 97 S., www.nachhaltigesbauen.de/fileadmin/pdf/Leitfaden_2011/LFNB2011.pdf.

¹⁰ www.nachhaltigesbauen.de.

Mit Einführung des Leitfadens „Nachhaltiges Bauen“ werden auch Koordinatoren in der Bauverwaltung mit dem Ziel ausgebildet, den ganzheitlichen Nachhaltigkeitsansatz in Verbindung mit den Berechnungs- und Bewertungsregeln des BNB bei der konkreten Baumaßnahme sicherzustellen.

Darüber hinaus wurde bereits 2001 vom BMVBS der Runde Tisch „Nachhaltiges Bauen“ ins Leben gerufen mit dem Ziel, gemeinsam mit den interessierten Kreisen Grundsatzfragen des nachhaltigen Bauens zu diskutieren und einvernehmlich abzustimmen. Die 20. Sitzung des Runden Tisches wird voraussichtlich am 18. Juni 2013 stattfinden.

Das BMVBS unterstützt im Rahmen der Forschungsinitiative Zukunft Bau neue Entwicklungen und Technologien für den Holzbau. In den letzten sechs Jahren wurden in dieser Forschungsinitiative des BMVBS 13 Forschungsvorhaben mit einem Gesamtvolumen von über 2,6 Mio. Euro mit rund 1,7 Mio. Euro Bundesmitteln unterstützt (Tabelle 6). Damit sollten insbesondere die technischen Potentiale des Holzes für den Wohnungsbau bzw. für Hochbaumaßnahmen insgesamt besser erschlossen und Voraussetzungen für die stärkere Anwendung von Holz für das Bauwesen geschaffen werden. Holztragwerke oder auch Holzfassaden sind sowohl im Wohnungsbau als auch im Nichtwohnungsbau denkbar. Der Einsatz von Holz ist abhängig von der Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit im Vergleich zu anderen Bauweisen.

Tabelle 6: Holzforschungsprojekte in der BMVBS-Forschungsinitiative Zukunft Bau

Projektname	Gesamtmittel in €	Bundesmittel in €	Forscher
Erforschung und Entwicklung eines aus heimischen Hölzern hergestellten Verbundträgers mit hohen Festigkeitswerten: gezielte Kombination von Kanthölzern niedriger und mittlerer Sortierklassen	142 450,00	97 450,00	Deutsche Gesellschaft für Holzforschung e. V.
Experimentelle und numerische Untersuchung des hygrothermischen Verhaltens von flach geneigten Dächern in Holzbauweise mit oberer dampfdichter Abdichtung unter Einsatz ökologischer Bauprodukte zum Erreichen schadensfreier, markt- und zukunftsgerechter Konstruktionen	160 846,00	112 346,00	Deutsche Gesellschaft für Holzforschung e. V.
Untersuchung der Anwendung von innovativen Folien als Wetterschutz von Holzbauteilen am Anwendungsbeispiel Holzfenster – Folienoberflächen im Fensterbau	129 060,00	84 060,00	ift gemeinnützige Forschungs- und Entwicklungsgesellschaft mbh
fertighauscity5+ – Typologische und technische Untersuchung zu mehrgeschossigen Holzbauweisen in innerstädtischen Bereichen unter dem Gesichtspunkt der Vorfabrikation und Partizipation der Nutzer (kundenindividuellen Fertigung)	457 249,00	266 729,00	TU Braunschweig – IIKE, FB Architektur Institut für Industriebau und konstruktives Entwerfen
Optimierung der Konstruktion und Herstellprozesse hochfeuerhemmender Holztafelelementen unter sicherheitsrelevanten, technischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten	494 700,00	336 600,00	Fraunhofer Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e. V.
Absorption tieffrequenten Trittschalls durch in Holzbalkendecken integrierte Helmholtz-Resonatoren	134 401,00	98 048,00	Deutsche Gesellschaft für Holzforschung e. V.

Projektname	Gesamtmittel in €	Bundesmittel in €	Forscher
Hochgenaue Strukturerkennung von Holzbauteilen mit 3D-Ultraschall	297 350,00	144 080,00	Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung BAM
Entwicklung extrem dauerhafter, robuster und witterungsbeständiger Hybridbauteile aus Holz und PUR-Spritzelastomer zur Erweiterung des Anwendungsbereichs für Bauteile und Bauwerke aus Holz	280 338,00	189 738,00	TU-Berlin Institut für Bauingenieurwesen FG Entwerfen und Konstruieren – Verbundstrukturen
Gebäudeklima – Langzeitmessung zur Bestimmung der Auswirkungen auf Feuchtegradienten in Holzbauteilen	92 166,79	61 916,79	TU München Lehrstuhl für Holzbau und Baukonstruktion
Zuverlässigkeit von Holzdachkonstruktionen ohne Unterlüftung der Abdichtungs- oder Decklage	76 700,00	50 000,00	Aachener Institut Bauschadensforschung und angewandte Bauphysik gGmbH (AIBau)
Brandverhalten von querkraftbeanspruchten Verbindungen bei Holzbaukonstruktionen, Neuentwicklung und Optimierung von Verbindungssystemen und allgemeinen Konstruktionsregeln	214 640,00	150 160,00	Lehrstuhl für Holzbau und Baukonstruktion, TU München
Gebäudeklima – Validierung der Langzeitmessung zu Auswirkungen auf Feuchtegradienten in Holzbauteilen	31 679,47	21 679,47	TU München, Lehrstuhl für Holzbau und Baukonstruktion
Erarbeitung weiterführender Konstruktionsregeln/-details für mehrgeschossige Gebäude in Holzbauweise der Gebäudeklasse 4	145 591,50	88 731,50	Technische Universität München, Lehrstuhl für Holzbau und Baukonstruktion
Gesamt in €:	2 657 171,76	1 701 538,76	

Quelle: BMVBS, Referat B13.

Um den Einsatz von Baustoffen aus nachwachsenden Rohstoffen voranzubringen, fördert das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) mit seinem Förderprogramm „Nachwachsende Rohstoffe“ über den Projektträger Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe (FNR) Forschungs-, Entwicklungs- und Demonstrationsprojekte. Die Ergebnisse werden veröffentlicht und im Rahmen geeigneter Maßnahmen möglichst öffentlichkeits- und publikumswirksam umgesetzt¹¹. Darüber hinaus werden vom BMELV weiterführende Informations- und Aufklärungsmaßnahmen unterstützt:

- Förderung der Fachinformationsstelle „Bauen und Wohnen mit nachwachsenden Rohstoffen“ bei der FNR (Telefonberatung, Beantwortung schriftlich eingegangener Fragen, kostenfreie Veröffentlichungen, Informationsangebot im Internet sowie Informationsveranstaltungen),
- Förderung von „BAUnatour“, eine bundesweite Wanderausstellung für Verbraucher zum Bauen und Wohnen mit nachwachsenden Rohstoffen mit jeweils regionalem Rahmenprogramm und Aktivierung regionaler Partner (siehe auch Antwort zu Frage 17 auf Bundestagsdrucksache 17/10667),
- Bundeswettbewerb „HolzbauPlus – Bauen mit nachwachsenden Rohstoffen“: Mit über 150 eingereichten Beiträgen war der 2012 erstmals veranstaltete Wettbewerb ein großer Erfolg. Damit wurde die Aktualität und Bedeutung des Themas eindrücklich belegt. Die hohe Qualität und Vielfalt der eingereichten Wettbewerbsbeiträge verdeutlicht ein außerordentliches

¹¹ www.nachwachsenderohstoffe.de/.

Wertschöpfungs- und Innovationspotenzial. Die dabei verfolgten gesamtgesellschaftlichen Ansätze zur Nutzung nachwachsender Rohstoffe beim Bauen, die über den rein konstruktiven Einsatz von Holz hinausgehen, führten dabei zu besonders effektiven und nachhaltigen Lösungen.

In Verfolgung der gesteckten Klimaschutzziele tritt die Bundesregierung für eine verstärkte Nutzung nachwachsender Rohstoffe ein. Bei Baumaßnahmen werden die Möglichkeiten ihres Einsatzes geprüft (u. a. Vorbildwirkung öffentlicher Gebäude). Entscheidungen müssen den Vorschriften des Wettbewerbs- und Ausschreibungsrechts entsprechen. Nachfolgend einige Beispiele für konkrete Maßnahmen:

- Holzbauweise beim Umweltbundesamt in Dessau (2005), Neubau der Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe in Holzbauweise (2011) und weitere unter Frage 10 der Bundestagsdrucksache 17/10667 aufgeführte Bauobjekte,
- Beitrag zur Sicherstellung der Nachhaltigkeitsanforderungen durch die Beschaffungsregelung des Bundes für Holzprodukte¹².

Im Bereich „Nicht-Wohnbau“ gibt es zahlreiche, z. T. unter aktiver Beteiligung der Bundesregierung entstandene Vorzeigeobjekte, die das Potenzial moderner Holzkonstruktionen eindrucksvoll unter Beweis stellen. Es sei an dieser Stelle nur auf das Holzdach der EXPO 2000 in Hannover oder das weltweit erste Windkraftwerk (Inbetriebnahme 2012) auf einem 100 m hohen Turm in Holzbauweise („Timbertower“ Hannover) hingewiesen.

Im Weiteren siehe Antwort zu Frage 15.

7. Inwiefern spielt der Holzbau im privaten Sektor für die Bundesregierung eine Rolle bei der Erreichung der Klima- und Nachhaltigkeitsziele der Bundesregierung?

Der Holzbau leistet nicht nur im privaten Sektor einen wichtigen Beitrag zur Erfüllung der Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsziele der Bundesregierung. Der private Sektor spielt aber diesbezüglich eine erhebliche Rolle, da private Bauherren umfangreiche Investitionsmittel mobilisieren und Ressourcen in Anspruch nehmen. Die Bundesregierung versucht beispielgebend durch konsequente Umsetzung von Nachhaltigkeitsanforderungen bei Bundesbaumaßnahmen private Bauherren zum Nacheifern anzuregen.

Eine bereits im Jahr 2007 vom BMELV bei dem Beratungsunternehmen PE International in Auftrag gegebene Untersuchung kam zu dem Ergebnis, dass die stoffliche Nutzung nachwachsender Rohstoffe wie Holz in der Regel zur Einsparung fossiler Ressourcen und zur Reduzierung von CO₂-Emissionen führt¹³. Das bestätigt die Ergebnisse zahlreicher weiterer Studien über Treibhausgasbilanzen (einschließlich der Verwendung von Holz im Bausektor), die teilweise unter Beteiligung der Ressortforschung des BMELV durchgeführt worden sind^{14 15}.

¹² www.bmelv.de/SharedDocs/Standardartikel/Landwirtschaft/Wald-Jagd/Waldpolitik/Beschaffungsregeln-Holzprodukte.html.

¹³ Aktionsplan der Bundesregierung zur stofflichen Nutzung nachwachsender Rohstoffe vom 15. August 2009, S. 10, www.bmelv.de/SharedDocs/Downloads/Broschueren/AktionsplanNaWaRo.pdf.

¹⁴ Sathre R, O'Connor J (2010) A Synthesis of Research on Wood Products & Greenhouse Gas Impacts, 2nd Edition. Vancouver, B.C., Canada: FPInnovations, 117 S, Technical Report No. TR-19R, www.forintek.ca/public/pdf/Public_Information/technical_rpt/TR19_Complete_Pub-web.pdf.

¹⁵ BMBF-Verbundprojekt „Ökologische Potenziale durch Holznutzung gezielt fördern (ÖkoPot)“, www.literatur.vti.bund.de/digbib_extern/dk041313.pdf. Albrecht S, Rüter S, Welling J, Knauf M, Mantau U, Braune A, Baitz M, Weimar H, Sörgel C, Kreißig J, Deimling S, Hellwig S (2008) Ökologische Potenziale durch Holznutzung gezielt fördern. Hamburg: Johann Heinrich von Thünen-Institut (vTI), 298 S, Arbeitsbericht aus dem Institut für Holztechnologie und Holzbiologie Nr. 2008/5, www.holzundklima.de/docs/2008-05_albrecht-et-al_oeopot.pdf.

Die Bundesregierung hat folgerichtig in dem 2009 unter Federführung des BMELV verabschiedeten Aktionsplans zur stofflichen Nutzung nachwachsender Rohstoffe anerkannt, dass Verfahren zur stofflichen Nutzung nachwachsender Rohstoffe deutlich höhere CO₂-Einsparungen bewirken können als rein energetische Nutzungspfade¹⁶.

Die Erhöhung der Kohlenstoffspeicherung in den Wäldern sowie die energetische und insbesondere die stoffliche Verwendung von Holz entlasten die Atmosphäre in Deutschland derzeit jährlich um über 125 Millionen Tonnen CO₂ (Tabelle 7).

Tabelle 7: Jährliche CO₂-Bilanz von Wald und Holz im Durchschnitt der letzten Jahre (Wald- und Produktspeicher: 2002 bis 2008, Substitution: 2005 bis 2009)

Speicherwirkung	Mio. t CO ₂
Netto-Emissionen Waldspeicher	-20,4
Netto-Emissionen Produktspeicher	-17,9
Speicherwirkung gesamt	-38,3
vermiedene Emissionen durch Substitution	
stofflich	-56,7
energetisch	-30,1
Substitution insgesamt	-86,8
Entlastung CO ₂ -Bilanz gesamt	-125,1

Quellen: Rüter S (2011) Welchen Beitrag leisten Holzprodukte zur CO₂-Bilanz? AFZ – Der Wald 66(15):15-18 Heuer E. (2011) Kohlenstoffbilanzen – Schlüssel zur forstlichen Klimapolitik. AFZ – Der Wald 66 (17): 16 – 18.

Das ist eine Größenordnung von etwa 13 Prozent der nationalen jährlichen CO₂-Emissionen. Dabei ist der Bundesregierung bekannt, dass dieser Effekt insbesondere durch die langfristige Holzverwendung im Bauwesen unterstützt wird. In Deutschland fließen über 50 Prozent der verwendeten Holzwaren in den Bausektor¹⁷.

Mit der Entscheidung für eine Verlängerung des Kyoto-Protokolls unter dem Dach der Vereinten Nationen Ende 2011 in Durban (UNFCCC COP17) trat zu Beginn des Jahres 2013 eine zweite Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls in Kraft, womit die Anrechnung von Holz und Holzprodukten in der nationalen Klima- und CO₂-Bilanz vorgesehen ist. Die stoffliche Nutzung von Holz führt zu einer langfristigen Speicherung von Kohlenstoff in den Produkten (u. a. Holzgebäude). Moderne Bauprodukte aus nachwachsenden Rohstoffen sind vergleichsweise energiesparend und ressourceneffizient in Herstellung und Verarbeitung. Sie erleichtern die Umsetzung einer abfallarmen Kreislaufwirtschaft. Bauen mit Holz ist daher aus Sicht der Bundesregierung nicht nur aktiver Klimaschutz, sondern auch ein aktiver Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung¹⁸.

Eine zwingende Voraussetzung hierfür ist die ausschließliche Holzerzeugung im Rahmen legaler und nachhaltiger Waldbewirtschaftung. Wie die Ergebnisse der Bundeswaldinventuren belegen, ist der deutsche Wald in dieser Hinsicht ein stabiler Faktor.

¹⁶ Aktionsplan der Bundesregierung zur stofflichen Nutzung nachwachsender Rohstoffe vom 15. August 2009, S. 10, www.bmelv.de/SharedDocs/Downloads/Broschueren/AktionsplanNaWaRo.pdf.

¹⁷ Mantau U, Bilitewski B (2010) Stoffstrom-Modell-Holz: Rohstoffströme und CO₂-Speicherung in der Holzverwendung. Celle: Forschungsbericht für das Kuratorium für Forschung und Technik des Verbandes der Deutschen Papierfabriken e. V. (VDP), 77 S.

¹⁸ UNFCCC (2012) Report of COP 16 held in Durban: Decision 2/CMP.7 on Land use, land-use change and forestry. FCCC/KP/CMP/2011/10/Add.1. www.unfccc.int/resource/docs/2011/cmp7/eng/10a01.pdf.

9. Strebt die Bundesregierung an, die Holzbauquote überregional zu erhöhen, und wenn ja, bitte erläutern und die Maßnahmen beschreiben?

Wenn nein, warum nicht?

Unter den gegebenen Rahmenbedingungen hat sich der Anteil der überwiegend aus Holz errichteten Gebäude – mehrheitlich Einfamilienhäuser – in den vergangenen Jahren kontinuierlich erhöht. Diese positive Nachfrageentwicklung zeugt von einer wachsenden Präferenz für den Baustoff Holz. Im Übrigen ist die Holzwirtschaft gefordert, durch innovative Produkte zur Verbesserung ihrer Wettbewerbsposition und damit zur Erhöhung des Marktanteils des Baustoffs Holz beizutragen.

Die Bundesregierung strebt im Rahmen markt- und wettbewerbskonformer Maßnahmen eine ökologisch vorzügliche, ressourceneffiziente und energiesparende Holzverwendung an. Dabei sollen unter Berücksichtigung „kaskadischer“ Nutzungsformen des Rohstoffes (grundsätzliche Präferenz der stofflichen vor einer rein energetischen Holznutzung) die Stoffkreisläufe möglichst weitgehend geschlossen werden. Vor diesem Hintergrund ist das Bauen mit Holz Teil des Maßnahmenpektrums, das unter dem Dach verschiedener Initiativen der Bundesregierung im Bereich der stofflichen Verwendung nachwachsender Rohstoffe bearbeitet wird. Hinzuweisen ist vor allem auf folgende Punkte:

- Holzcharta (siehe Abschnitte III „Holz – ein vielfältig verwendbarer Rohstoff“ und Abschnitt V „Förderung der Holznutzung in Deutschland“),
- Aktionsplan zur nachhaltigen Nutzung nachwachsender Rohstoffe (v. a. Handlungsfeld 9 „Bauen und Wohnen“) sowie auf
- Waldstrategie 2020 (v. a. Handlungsfelder 3.3 „Rohstoffe, Verwendung und Effizienz“ und 3.9 „Bildung, Öffentlichkeitsarbeit und Forschung“).
- Im BMELV-„Förderprogramm Nachwachsende Rohstoffe“ wird über den im Rahmen der Umsetzung der Holzcharta eingeführten aktuellen Förderschwerpunkt „Stoffliche und konstruktive Nutzung von Holz“ seit 2006 auf Projektbasis auch eine verstärkte Holznutzung im Bereich Bauen und Wohnen unterstützt (z. B. „Optimierung eines ökologischen Holz-Massiv-Verbundbausystems für den mehrgeschossigen Hochbau“).

10. Wie beurteilt die Bundesregierung das Image von Holz bei der Errichtung von Wohnhäusern?

Sieht die Bundesregierung hier Verbesserungspotential, und wenn ja, bitte erläutern?

Wenn nein, warum nicht?

Die in Deutschland während der letzten 20 Jahre auf jährlich rd. 135 Mio. m³ stetig angewachsene stoffliche und energetische Holzrohstoffverwendung (Waldholz, Sägenebenprodukte, Altholz etc.; Tendenz nach Einschätzung von Experten weiter ansteigend)¹⁹ spricht u. a. für eine zunehmende Anerkennung der technischen Potenziale und ökologischen Vorzüge von Holz auf Verbraucherebene. An diesem Imagegewinn hat der Bausektor als bedeutendster Absatzbereich für Holzprodukte sicherlich nicht unerheblichen Anteil.

Baustoffe aus nachwachsenden Rohstoffen (und hier insbesondere Holz) können im Rahmen eines bauwerks- und benutzergerechten Baustoffkonzepts die konstruktiven und bauphysikalischen Anforderungen problemlos erfüllen. Mit

¹⁹ MANTAU, U. (2012): Holzrohstoffbilanz Deutschland, Entwicklungen und Szenarien des Holzauflommens und der Holzverwendung 1987 bis 2015, Hamburg, 2012, 65 S.

der Möglichkeit eines hohen industriellen Vorfertigungsgrades kommt Holz den Ansprüchen der Auftraggeber zusätzlich entgegen (Zeit- und Kostenersparnis, Flexibilität im Aus- und Selbstbau). Sowohl im Wohnbau als auch bei gewerblichen Baukonstruktionen sind nachwachsende Rohstoffe wie Holz tendenziell auf dem Vormarsch.

Im Zuge der weiterführenden Imagepflege wird es unter anderem darauf ankommen, die Nachhaltigkeit der gehandelten Holzprodukte auf Verbraucherebene glaubwürdig zu belegen. Zertifikate wie die des PEFC (Programme for the Endorsement of Forest Certification Schemes) und des FSC (Forest Stewardship Council), die die Herkunft des Holzes aus legaler und nachhaltiger Waldbewirtschaftung nachweisen, leisten hierzu einen großen Beitrag. In diesem Zusammenhang setzt zudem die am 3. März 2013 in allen Teilen verbindlich in Kraft getretene EU-Holzhandelsverordnung (Verordnung (EU) Nr. 995/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Oktober 2010 über die Verpflichtungen von Marktteilnehmern, die Holz und Holzserzeugnisse in Verkehr bringen)²⁰ ein deutliches Signal gegen den anhaltenden Raubbau an Wäldern in zahlreichen Regionen der Erde. Der damit geforderte Legalitätsnachweis stellt in vielen Staaten der Welt einen notwendigen ersten Schritt in Richtung Nachhaltigkeitsnachweis dar. Die Bundesregierung wird eine effektive Umsetzung der EU-Holzhandelsverordnung auf nationaler Ebene sicherstellen und auf EU-Ebene weiter für eine einheitliche Umsetzung eintreten.

Weitere wichtige Instrumente für die Imageverbesserung sind Aufklärung und Öffentlichkeitsarbeit. In diesem Zusammenhang hat die Bundesregierung z. B. im Rahmen des BMELV-Internetauftritts zahlreiche Hinweise auf die Bedeutung von Holz als Wirtschaftsfaktor veröffentlicht²¹.

Erfolgreiche Imagekampagnen für ökologisch vorzügliche Alternativen sollten allerdings nicht nur auf staatlicher Aufklärung beruhen. Es bedarf vielmehr auch der Initiative der betroffenen Branchen, die langfristig anzulegen und zu pflegen sind. Mindestens ebenso wichtig ist neben wettbewerbsfähigen Preisen die Bedeutung fachlich einwandfreier und qualitativ hochwertiger Bauausführung. Nur unter Beachtung der Kernanliegen potenzieller Kunden kann nach wie vor bestehenden Vorbehalten gegen den Holzbau wirkungsvoll begegnet (v. a. Raubbau an Wäldern, vermeintliche Brandgefährdung von Holzgebäuden, mangelnde Dauerhaftigkeit von Holzkonstruktionen) und Vertrauen aufgebaut werden.

12. Gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung Erfolge dahingehend, dass die von der Bundesregierung getroffenen Maßnahmen im öffentlichen Baubereich zu einer Steigerung des Holzbaus im privaten Bausektor geführt haben (bitte nach Wohngebäuden und Nichtwohngebäuden unterscheiden)?

Messbare oder wissenschaftlich belastbare Kenntnisse dahingehend, dass die in der Antwort zu den Fragen 6, 11 und 15 erläuterten Maßnahmen der Bundesregierung zu den ansteigenden Holzbauquoten geführt haben, liegen nicht vor.

²⁰ www.eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:32010R0995:DE:NOT.

²¹ www.bmelv.de/DE/Landwirtschaft/Wald-Jagd/wald-jagd-node.html.

13. Welches Potential sieht die Bundesregierung bei der Errichtung von Wohnhäusern in Holzbauweise, sowohl für den ländlichen Raum als auch für den städtischen Bereich?
25. Inwiefern stellt der Holzbau im städtischen Bereich für die Bundesregierung eine Lösung dar, dringend benötigten Wohnraum zu schaffen, z. B. durch die Aufstockung im Bestand?
Gibt es hier noch gesetzliche Hindernisse, und wenn ja, welche?
26. Inwiefern kann der Holzbau im ländlichen Raum vor dem Hintergrund des demographischen Wandels gefördert werden?

Die Fragen 13, 25 und 26 werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Der Bundesregierung liegen keine konkreten Erkenntnisse darüber vor, wie hoch die Akzeptanz und die Bereitschaft bei Bewohnern, privaten Bauherren und Vermietern sind, in die Errichtung von Wohnhäusern in Holzbauweise zu investieren. Im ländlichen Raum ist das Ansehen des Holzbaus (z. B. Fertighäuser) sicherlich weiter entwickelt als im städtischen Umfeld. Im Zeitraum von 2000 bis 2011 ist der Anteil des Baustoffes Holz bei Wohngebäuden im Fertigteilbau von 78 Prozent auf 89 Prozent gestiegen²². Der Holzbau ist eine von vielen Bauweisen, mit denen Investoren im Rahmen der geltenden bauplanungs- und bauordnungsrechtlichen Vorschriften erfolgreich dazu beitragen können, mehr Wohnraum zu schaffen (z. B. bei der städtischen Nachverdichtung und Modernisierung im Bestand).

Hier besitzt die Holzbauweise ein erhebliches Potenzial und gute Marktchancen (hoher Vorfertigungsgrad, kurze Bauzeiten). Das vergleichsweise geringe Gewicht einer Holzkonstruktion ermöglicht oftmals Gebäudeaufstockungen, ohne dass ein Eingriff in die bestehende Statik der Gebäude erforderlich wird. Bei fortgesetzter und qualifizierter Aufklärung zur Beseitigung bestehender Vorurteile gegenüber dem Holzbau sowie weiteren Verbesserungen bei der Ausbildung von Architekten und Planern in Bezug auf die Holzverwendung im Bauwesen besteht ein nicht näher bezifferbares Potenzial zur weiteren Verbreitung von Holzbauweisen.

Im Weiteren siehe Antwort zu den Fragen 6 und 11.

Bezüglich gesetzlicher Hemmnisse für den Holzbau, wird auf die Antwort zu Frage 21 verwiesen.

14. Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um die ökologische Vorteilhaftigkeit von Holzbauprodukten einer breiten Masse von Bürgerinnen und Bürgern zu vermitteln, und wie sehen die Maßnahmen im Einzelnen aus?

Die Bundesregierung unterstützt im Bauwesen den Einsatz nachwachsender Rohstoffe. Der Einsatz innovativer Bauprodukte, wie beispielsweise Dämmstoffe oder Produkte für den Innenausbau, die in der Gesamtbewertung Vorteile gegenüber klassischen Bauprodukten auf Basis nicht nachwachsender Rohstoffe haben, wird deswegen im Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen für Bundesgebäude in besonderer Weise berücksichtigt.

Auf die Antworten zu den Fragen 6, 11 und 15 wird zudem hingewiesen.

²² Statistisches Bundesamt, 2011. Bauen und Wohnen – Baufertigstellungen von Wohn- und Nichtwohngebäuden (Neubau) nach überwiegend verwendetem Baustoff – Lange Reihen ab 2000. Wiesbaden.

15. Auf welche Weise vermittelt die Bundesregierung die Ergebnisse der von ihr in Auftrag gegebenen Studien zur Vorteilhaftigkeit von Holzbauprodukten, z. B. die Studie „Ökobilanzbasisdaten für Bauprodukte aus Holz“ des Thünen-Instituts Braunschweig an Bürgerinnen und Bürger?

Mit Einführung des Leitfadens Nachhaltiges Bauen im März 2011 ist zur Bewertung der ökologischen Qualität von Bundesgebäuden eine Ökobilanz zu erstellen. Als Berechnungsgrundlage hat BMVBS dazu eine Datenbank (Öko-Bau.Dat) mit Ökobilanzkennwerten der gebräuchlichsten Baustoffe ohne spezifischen Herstellerbezug erarbeiten lassen, die nach Erfordernis aktualisiert und fortgeschrieben wird²³ ²⁴. Die Daten sind öffentlich zugänglich und stehen für die freie Nutzung zur Verfügung.

Die Aufnahme der vom Thünen-Institut bereitgestellten Ökobilanzdatensätze in die Ökobau.dat wird im Zuge einer Umstrukturierung der Datenbank zurzeit vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung vorbereitet. Die dort ermittelten Datensätze bildeten bereits die Grundlage bei der Erstellung zahlreicher Umweltproduktdeklarationen beim Institut für Bauen und Umwelt e. V.; die relevanten Ökobilanzdaten dieser Umweltproduktdeklarationen werden in den jeweiligen Aktualisierungen der ÖkoBau.Dat berücksichtigt. Wie in der Antwort zu Frage 6 bereits angesprochen ist, stellt das BMVBS zudem mit dem Baustoffinformationssystem WECOBIS frei und für jedermann zugänglich Informationen über die ökologischen Auswirkungen von Bauprodukten zur Verfügung. Somit kann die Verwendung von Holzbauprodukten und die damit verbundenen ökologischen Auswirkungen sogar direkt mit anderen Baustoffen verglichen werden.

Darüber hinaus unterstützt die Bundesregierung Forschungsvorhaben zur Untersuchung der ökologischen Bedeutung von Holzbauprodukten mit Hilfe von Ökobilanz- und Lebenszyklusanalysen. Die erzielten Forschungsergebnisse sind in Form von Abschlussberichten frei zugänglich (z. B. BMELV-Projekt Ökobilanz-Basisdaten für Bauprodukte aus Holz²⁵). Dabei wurden in Zusammenarbeit mit den Verbänden der deutschen Holzindustrie repräsentative Ökobilanz-Datensätze erstellt, die in der Folge bereits den beteiligten Verbänden und Unternehmen als Basis für die Erstellung von Umweltproduktdeklarationen (EPD) gedient haben²⁶. Diese Umweltkennzeichen des Typs III beinhalten herstellerbezogene Ökobilanzdaten und bilden eine der erforderlichen Datengrundlagen für die Nachhaltigkeitsbewertung, wie sie auch mit dem Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen für Bundesgebäude verpflichtend für den Neubau von Bundesverwaltungsgebäuden eingeführt wurde.

16. Mit welchen anderen Staaten arbeitet die Bundesregierung im Bereich Holzbau zusammen, und existieren konkrete „Holzbau-Partnerschaften“ zu anderen Ländern?

Im Rahmen des europäischen ERA-Net „WoodWisdom“ beteiligt sich die Bundesregierung an der Förderung von insgesamt 39 transnationalen Verbundvorhaben (41 deutsche Teilprojekte, Laufzeit 2007 bis 2014; Fördersumme

²³ BMVBS (2011) Leitfaden Nachhaltiges Bauen. Berlin: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, 97 S., www.nachhaltigesbauen.de/fileadmin/pdf/Leitfaden_2011/LFNB2011.pdf.

²⁴ www.nachhaltigesbauen.de/oekobaudat/.

²⁵ Rüter S, Diederichs S (2012) Ökobilanz-Basisdaten für Bauprodukte aus Holz. Hamburg, 316 S, Thünen-Institut für Holzforschung, Arbeitsbericht Nr. 2012/01, www.fnr-server.de/ftp/pdf/berichte/22028808.pdf.

²⁶ Webseite des Institut Bauen und Umwelt e. V. (2013) Umweltproduktdeklarationen der Studiengemeinschaft Holzleimbau e. V. und der Überwachungsgemeinschaft Konstruktionsvollholz, www.bau-umwelt.de/hp4083/Vollholzprodukte.htm.

6,5 Mio. Euro). Konkrete „Holzbau – Partnerschaften“ gibt es in folgenden Vorhaben:

- „smartTES – Innovation in timber construction for the modernisation of the building envelope“ (Deutschland, Norwegen, Finnland, Österreich)
- „Acuwood – Acoustics in wooden buildings“ (Schweden, Deutschland, Schweiz)
- „ECO2 – Wood in carbon efficient construction“ (Schweden, Deutschland, Finnland, Italien, Österreich)
- „LBTGC – Load Bearing Timber-Glass Composite Structures“ (Österreich, Deutschland, Schweden, Türkei, Slowenien, Chile, Brasilien).

In den Bundesländern sowie auf regionaler und lokaler Ebene haben sich zudem zahlreiche Initiativen des Clusters Forst und Holz etabliert. Diese teilweise als „Public – Private – Partnership“ organisierten Initiativen streben eine Steigerung der Holzverwendung an und haben häufig die Holzbauförderung als einen Tätigkeitsschwerpunkt. Auf dieser Ebene sind einige Kooperationen mit Initiativen in anderen Ländern zu beobachten (z. B. das deutsch-österreichische Gemeinschaftsprojekt „facing:wood – Junge Menschen für Holz begeistern“ vom „Holzforum Allgäu“ und „proHolz Tirol“ zur Nachwuchsförderung)²⁷.

17. Welche gesetzlichen Rahmenbedingungen in Bund und nach Kenntnis der Bundesregierung in den Ländern fördern oder reglementieren den Holzbau?

Bundesseitig gibt es keine gesetzlichen Grundlagen, die ausschließlich die Holzbauweise fördert oder reglementiert. Besondere Anforderungen im Holzbau ergeben sich aber aus den Bauordnungen der Länder und deren untergesetzlichen technischen Regelwerken in Bezug auf Standsicherheit und Brandschutz. Holzprodukte, die durch die Bundesverwaltung beschafft werden, müssen nachweislich aus legaler und nachhaltiger Waldbewirtschaftung stammen.

Neben den für den Baubereich allgemein geltenden Regelungen, wie z. B.

- Energieeinsparverordnung (EnEV),
- Bauproduktenverordnung (greift 2013),
- Landesbauordnungen,
- Einhaltung von Grenzwerten zur Raumluftqualität nach EN 13779 für Nichtwohngebäude (keine gesetzlichen oder behördlichen Grenzwerte für die Innenraumluft in Wohngebäuden in Deutschland),

gibt es eine steigende Anzahl weiterer gesetzlicher Regelungen und Vorschriften auf nationaler und europäischer Ebene zur Sicherung der Produktqualität, des Verbraucherschutzes oder der Legalität/Nachhaltigkeit von Holzbauprodukten (z. B. Holzhandels-Sicherungs-Gesetz²⁸), die mehr oder weniger direkten Einfluss auf die Verwendung nachwachsender Rohstoffe im Bauwesen (und damit auch auf den Holzbau) haben. Diese Vorschriften gelten zumeist auch für alle anderen Baustoffe. Eine Ableitung, ob sich eine der genannten Rahmenbedingungen förderlich oder hemmend auf den Holzbau auswirkt, ist nicht pauschal möglich.

²⁷ www.cluster-forstholzbayern.de/index.php?option=com_content&view=article&id=523:facing-wood-holzforum-allgaeu-und-proholz-tirol-kooperieren-in-einem-interreg-projekt&catid=154:news&Itemid=4.

²⁸ www.bmelv.de/SharedDocs/Rechtsgrundlagen/H/HolzhandelsSicherungsGesetz.html.

18. Auf welche Weise subventioniert die Bundesregierung andere Baustoffe?
Welche sind das, und in welcher Höhe werden sie subventioniert?

Die Bundesregierung setzt sich prinzipiell für die Verwendung von Baustoffen ein, die den Anforderungen des Nachhaltigkeitsprinzips von der Erzeugung bzw. Gewinnung bis hin zur Beseitigung möglichst nahekommen (u. a. vorteilhafte Ökobilanz, hohe Energieeffizienz, positive Effekte für den Klimaschutz, Eignung für eine weitgehend geschlossene Kreislaufwirtschaft, Erfüllung sozio-kultureller Anforderungen). Eine einseitige Festlegung auf oder Bevorzugung von Baustoffen wird dagegen grundsätzlich abgelehnt. Die Bundesregierung subventioniert grundsätzlich keine Baustoffe.

Nach aktuellem wissenschaftlichen Kenntnisstand geht die Bundesregierung davon aus, dass nachhaltig erzeugte Holzbauprodukte bei den genannten Anforderungen an die Erfüllung von Nachhaltigkeitskriterien vergleichsweise gut abschneiden und sich im Wettbewerb mit anderen Baustoffen gut behaupten können.

Dem Wettbewerbsprinzip steht nicht entgegen, dass die Bundesregierung Holz als klima- und umweltfreundlichen Rohstoff z. B. im Rahmen des Förderprogrammes Nachwachsende Rohstoffe (Forschung, Entwicklung, Demonstration) projektbezogen unterstützt und im Rahmen von Öffentlichkeitsarbeit und Verbrauchinformation positiv hervorhebt.

19. Gibt es von Seiten der Bundesregierung konkrete Maßnahmen und Publikationen, die den Baustoff Holz als Alternative zu den anderen Baustoffen darstellen?

Es gibt Maßnahmen, mit denen die Bundesregierung auf nachwachsende Rohstoffe wie z. B. Holz als Alternative zu anderen Baustoffen hinweist:

- Das BMELV und die FNR informieren über das Bauen mit Holz (u. a. Informationsbroschüren, Pressemitteilungen, Berichtswesen^{29 30}).
- Der Aktionsplan zur stofflichen Nutzung nachwachsender Rohstoffe der Bundesregierung enthält zwölf Handlungsfelder, wobei in jedem Handlungsfeld Ziele und konkrete Maßnahmen bestimmt wurden. Eines der Handlungsfelder ist der Bereich „Bauen und Wohnen“. Hier wurde z. B. die Fortentwicklung eines internationalen Kriterien- und Kennzeichnungssystems für nachhaltige Baustoffe aus nachwachsenden Rohstoffen gefördert.
- Die Waldstrategie 2020 und die Holzcharta gehen auf die Klimaschutzwirkungen von Holz(bau)produkten sowie auf die Bedeutung effizienter material- und energiesparender Technologien ein.
- Das von der Bundesregierung unterstützte Label „natureplus“ bietet insbesondere Verbrauchern Orientierung und Information und fördert damit die Innovation und Verbreitung von Bauprodukten aus nachwachsenden Rohstoffen.
- Ferner wurde in der Zusammenarbeit mit der Holzwirtschaft die Erstellung von Umweltproduktdeklarationen für Holz und Holzprodukte gefördert. Dieses Bewertungsverfahren hilft Vorteile von Baustoffen hinsichtlich CO₂-Emissionen und Energiebilanz auch in den Bewertungssystemen zur Gebäudezertifizierung „Nachhaltigen Bauen“ positiv herauszustellen.

²⁹ www.bmelv.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/2010/029-AI-Holzvorrat.html.

³⁰ www.mediathek.fnr.de/catalogsearch/result/?order=news_to_date&dir=desc&q=Jahresbericht+2012%2F2013.

- Die Informationsstelle „Bauen mit nachwachsenden Rohstoffen“ bei der FNR berät Bauherren und Fachplaner. Über das Internetportal www.naturbaustoffe.info kann eine Vielzahl an Informationen abgerufen werden.
- Die Wanderausstellung „BAUnatour“ hat seit 2009 an über 50 Standorten wichtige Impulse in den Regionen setzen können.
- Der vom BMELV ins Leben gerufene bundesweite Wettbewerb „Holzbauplus“ zeichnet Bauherren für besonders gelungene Bauprojekte mit nachwachsenden Rohstoffen aus und nutzt diese Beispiele als Leitbilder für die weitere öffentliche Kommunikation³¹.

Siehe auch Antworten zu den Fragen 6, 11 und 15.

20. Inwiefern hat die Bundesregierung Kenntnis über die Substitutionseffekte durch die Verwendung von Holz als Baustoff
- a) hinsichtlich der Bindung von CO₂ aus der Atmosphäre und

Die Bundesregierung unterstützt seit ca. zehn Jahren im Rahmen der angewandten Bauforschung Fragen der Ökobilanzierung auch im Hinblick auf die Ermittlung des CO₂-Anteils (Äquivalent) als Maßeinheit für die Bemessung des Treibhausgaspotenzials in Baumaterialien. Mit der Unterstützung der Programmentwicklung zur Erstellung von Umweltproduktdeklarationen (EPD) in Deutschland, liegen nunmehr europäisch harmonisierte EPD's (seit 2012) für den Bausektor und im speziellen für eine Vielzahl an Holzbauprodukten vor³², so dass die Ermittlung von Substitutionseffekten (CO₂-Bindung und Herstellung) nach normativ abgesicherten Verfahren über den Lebenszyklus eines Bauteils/Produktes grundsätzlich möglich ist. Die Erkenntnisse des Bundesinstitutes für Bau-, Stadt- und Raumforschung zur CO₂-Bindung stützen sich dabei auf eigene Bundesbauvorhaben und die in diesem Zusammenhang durchgeführten Bauteiluntersuchungen. Die Berechnungen lassen erkennen, dass in Abhängigkeit der Bauteilfunktion Massivholz- bzw. Holzwerkstoffvarianten erhebliche Substitutionseffekte vorhalten. Der Einsatz nachwachsender Rohstoffe bietet ökobilanziell vielfach Vorteile und wird seitens der Bundesregierung in den empfohlenen Bewertungssystemen BNB auch positiv berücksichtigt.

- b) hinsichtlich der Einsparungen bei der Herstellung von Holzbauprodukten?

Erst unter Berücksichtigung der erforderlichen Trocknungs- und Fertigungsprozesse von Holzwerkstoffen und deren Komponenten sowie den zu berücksichtigenden Transportaufwendungen für Rohstoffe und Endprodukt, lässt sich das mögliche absolute Einsparungspotenzial ermitteln. In Abhängigkeit der gewählten Energieträger in den Fertigungsstätten und dem Gesamtenergiemix (Strom aus Wasserkraft, Windkraft, Photovoltaik, Netz, Gas, Öl, Holzreststoffe etc.) kann das Einsparungspotenzial erheblichen regionalen Schwankungen unterliegen. Der Einsatz nachwachsender Rohstoffe bietet ökobilanziell vielfach Vorteile und wird seitens der Bundesregierung in den empfohlenen Bewertungssystemen (BNB) auch positiv berücksichtigt. Die pauschale Empfehlung für alle Einsatzzwecke wird aus den oben genannten Gründen nicht präferiert.

Auf die Antwort zu Frage 7 wird zusätzlich hingewiesen.

³¹ www.holzbauplus-wettbewerb.info.

³² www.bau-umwelt.com.

21. Welche Anpassungen der brandschutzrechtlichen Vorschriften in den Ländern hat es nach Kenntnis der Bundesregierung gegeben, die das mehrgeschossige Bauen ermöglichen sollen (vgl. Bundestagsdrucksache 17/10667)?

Existieren nach Kenntnis der Bundesregierung über die Brandschutzvorschriften hinaus noch weitere gesetzliche Hemmnisse, die das mehrgeschossige Bauen in Holzbauweise beschränken?

22. Welche Erfolge bzw. positiven Wirkungen konnten durch die Anpassung der brandschutztechnischen Vorschriften im Holzbau bereits erzielt werden?

Die Fragen 21 und 22 werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Das Brandschutzrecht ist Landesrecht. Der Bundesregierung liegen keine ins Einzelne gehenden Kenntnisse über frühere Anpassungen brandschutztechnischer Vorschriften der Länder für den Holzbau und die tatsächlichen Auswirkungen geänderter brandschutztechnischer Vorschriften auf den Einsatz von Holz vor. Der Bundesregierung sind auch keine gesetzlichen Hemmnisse bekannt, die speziell den Einsatz von Holz ohne sachlichen Grund behindern würden. Auskünfte können die jeweils zuständigen Landesbauministerien geben.

Nach Kenntnis der Bundesregierung haben die Novellierung der Musterbauordnung (MBO) und die Einführung der „Muster-Richtlinie über brandschutztechnische Anforderungen an hochfeuerhemmende Bauteile in Holzbauweise“ zur Errichtung zahlreicher Gebäude in Holzbauweise in der neu geschaffenen Gebäudeklasse 4 (Gebäudehöhe bis 13 Meter) geführt. Diese Gebäudeklasse verlangt hochfeuerhemmende Bauteile, z. B. durch gekapselte Holzteile. Das Kapselkriterium wurde in die Landesbauordnungen der meisten Länder übernommen. Ein deutlicher Hinweis ist die Erstellung mehrgeschossiger Holzgebäude mit bis zu acht Geschossen in Stadtgebieten (siehe auch Antwort zu Frage 4).

23. Existiert mittlerweile die freiwillige Rahmenvereinbarung der Forst- und Holzwirtschaft für die Rohholzsortierung, auf die die Bundesregierung auf Bundestagsdrucksache 17/10667 verweist, und wenn ja, wie ist sie ausgestaltet und welche positiven Auswirkungen auf den Holzmarkt verspricht sich die Bundesregierung davon?

Nach Aufhebung der gesetzlichen Regelung auf EU- und Bundesebene zur Sortierung von Rohholz (2008) arbeiten die forst- und holzwirtschaftlichen Marktpartner in Deutschland an einer entsprechenden freiwilligen nationalen Rahmenvereinbarung (RVR). Am 12. September 2012 wurden neue Qualitätssortierkriterien für Laubstammholz verabschiedet³³. Die Verhandlungen für das Nadelstammholz laufen noch. Darin sollen auch Kriterien für eine Werksvermessung integriert werden, die zusätzlich als Leitlinie für den grenzüberschreitenden Holzhandel dienen können.

Insgesamt werden die freiwilligen Sortiervereinbarungen eine Mischung aus Handlungsempfehlungen, technischen Anweisungen und allgemeinen Geschäftsbedingungen darstellen. Die Bundesregierung begrüßt schon aus Gründen der Klarheit und Markttransparenz die Bemühungen um eine bundeseinheitliche Lösung. Von der Rahmenvereinbarung sind zudem durch Standardisierungseffekte eine Verringerung der Transaktionskosten und damit ein Beitrag zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit zu erwarten.

³³ www.rvr-deutschland.de.

Der Ausgestaltung der RVR kommt auch eine gewisse Bedeutung im Rahmen der statistischen Erfassung zu. Ohne eine bundesweite Vereinheitlichung der Rohholzsortierung wäre z. B. die amtliche Holzeinschlagstatistik oder der Erzeugerpreisindex nicht mehr mit gleicher Aussagekraft fortführbar.

24. Welche Anstrengungen unternimmt die Bundesregierung, übergeordnete Gebäudezertifizierungen für die Nachhaltigkeit von Bauwerken nach EN 15804 verpflichtend zu etablieren?

Welche Rolle soll dabei nach Ansicht der Bundesregierung der Holzbau spielen?

Am 6. Dezember 2010 hat der Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung beim Bundeskanzleramt Maßnahmen beschlossen, um wichtige Prinzipien der Nachhaltigkeit in konkretes Verwaltungshandeln umzusetzen. Teil des Maßnahmenprogramms ist die verbindliche Einführung des Leitfadens Nachhaltiges Bauen im Bundesbau, der in Verbindung mit dem Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen eine umfassende Nachhaltigkeitsbewertung sicherstellen soll. Im Rahmen seiner Vorbildrolle für energieeffizientes und ressourcenschonendes Bauen ist der Bund der erste öffentliche Bauherr, der bei seinen Baumaßnahmen die erreichte Gebäudequalität transparent ausweist. Die dazu notwendigen Unterlagen und Hilfsmittel sind zugangsfrei auf den Internetseiten abgelegt und können auf freiwilliger Basis genutzt werden³⁴.

Es ist nicht beabsichtigt, Gebäudezertifizierungen für Bauvorhaben von privaten Bauherren und Investoren verbindlich vorzugeben. Im Übrigen wird auf die Antwort zu den Fragen 6 und 11 verwiesen.

27. Welche Maßnahmen will die Bundesregierung unternehmen, um die prognostizierte Lücke zwischen Angebot und Nachfrage an Rohholz, speziell Nadelholz, zu schließen?

Zunächst ist festzustellen, dass Lücken zwischen Angebot und Nachfrage der Markt schließt. Die Bundesregierung gestaltet die Rahmenbedingungen, damit unternehmerische Initiative sich entfalten kann und der Wettbewerb als Entdeckungsverfahren gestärkt wird.

Die erwähnte „Holzlücke“ ist das Ergebnis wissenschaftlicher Szenarien, die auf der Annahme möglicher Angebots- (Holzmobilisierung) und Nachfrageentwicklungen basieren³⁵. Nachfrageseitig werden bei diesen Szenarien überwiegend aktuelle wirtschaftliche Entwicklungen fortgeschrieben und die Umsetzung politischer Ziele (z. B. Energiepolitik) in Zukunft berücksichtigt. Daher sind diese Szenarien generell als (Politik-)Folgeabschätzungen für heute formulierte Politikziele und wirtschaftliche Entwicklungen zu interpretieren.

Da die betroffenen Unternehmen auf eventuell anhaltende Engpässe bei der Rohholzversorgung reagieren würden (von Produktionseinschränkungen über Abbau von Produktionskapazitäten bis hin zur Verlagerung von Produktionsstandorten und ggf. Neuorientierung auf alternative Holzarten), ist mit dem tatsächlichen Auftreten solcher „sprunghafter“ Versorgungslücken nicht zu rechnen. Zum möglichen künftigen Holzrohstoffbedarf gibt es zudem sehr unter-

³⁴ www.nachhaltigesbauen.de.

³⁵ Mantau, U. et al. 2010: EUwood – Real potential for changes in growth and use of EU forests. Final report. Hamburg/Germany, June 2010. 160 p.

schiedliche Szenarien³⁶. Die Modellberechnungen bedürfen grundsätzlich der kritischen Analyse. Sie können unter dieser Voraussetzung eine gute Orientierungshilfe für die forst- und holzmarktpolitische Entscheidungsfindung bieten (Frühindikatoren).

Ansätze zur Vermeidung von Versorgungsengpässen bei der Wirtschaft sind in der Waldstrategie 2020 der Bundesregierung aufgezeigt (z. B. Mobilisierung nachhaltig verfügbarer Waldholzpotenziale, materialsparende Holzverwendung einschließlich konsequenter Kaskadennutzung, Erschließung zusätzlicher Holzpotenziale außerhalb des Waldes wie z. B. Kurzumtrieb oder Holzeinfuhren). Mit dem Vorliegen der Ergebnisse der dritten Bundeswaldinventur (Anfang 2015) und einer darauf aufbauenden Modellierung zum zukünftigen Rohholzpotenzial durch das Thünen-Institut werden den Marktteilnehmern zudem Informationen zur Beurteilung des inländischen Rohholzaufkommens zur Verfügung gestellt.

Mit dem „Förderprogramm Nachwachsende Rohstoffe“ des BMELV werden insbesondere Forschungsvorhaben gefördert, die zur Sicherung der Rohholzversorgung beitragen sollen (z. B. Verbundvorhaben „Sicherung der Nadelrohholzversorgung in Norddeutschland“). Ferner werden Projekte unterstützt, die dem veränderten Holzangebot (Erhöhung des Laubholzanteils) Rechnung tragen (siehe auch Antworten zu den Fragen 29 und 32).

28. Werden sich nach Auffassung der Bundesregierung die Importanteile an Rohholz und Halbfertigwaren in Zukunft erhöhen, und wenn ja, in welchem Maße und aus welchen Ländern kann der Rohstoff bezogen werden?

Wenn nein, warum nicht?

Die Bundesregierung stellt keine Prognosen über den Import und Export von Holz und Halbfertigwaren auf, da der Bedarf an Holz alleine von den Holz aufnehmenden Betrieben bestimmt wird. Die Rohholzverbraucher werden Holz in den Regionen beschaffen wo es für sie am wirtschaftlichsten ist, wobei Nachhaltigkeitsaspekte zu beachten sind.

Aufgrund der zumindest regional angespannten inländischen Nadelrohholzversorgung bei aufnehmenden Betrieben der ersten Bearbeitungsstufe dürfte die Außenhandelsbilanz in dieser Warengruppe weiterhin von Importüberschüssen geprägt bleiben. Sofern die Nadelholzmobilisierung mit der Marktentwicklung nicht Schritt halten kann und sich keine Alternativen für das Nadelholz am Markt etablieren, sind aus Wettbewerbsgründen und vergleichsweise hohen Transportkosten beim Rohholz auch Kapazitätsanpassungen bzw. Standortverlagerungen nicht auszuschließen³⁷.

Das Welthandelsvolumen mit Holz und Produkten auf Basis Holz, d. h. sämtliche holzbasierten Rohstoffe, Halb- und Fertigwaren (z. B. Rohholz, Schnittholz, Holzmöbel, Zellstoff oder Papierwaren), ist in den vergangenen Jahrzehnten infolge der Globalisierung deutlich gestiegen. Deutschland ist eine der bedeutendsten Holzhandelsnationen mit vergleichsweise hohen Ein- und Ausfuhrmengen. Der Saldo des deutschen Holzaußenhandels weist nach Menge und

³⁶ Seintsch 2011: Stellung der Holzrohstoffe in der Kostenstruktur des Holz- und Papiergewerbes in Deutschland. vTI, Arbeitsbericht des Instituts für Ökonomie der Forst- und Holzwirtschaft 2011/3, Hamburg.

³⁷ Dieter, Matthias; Seintsch, Björn (2012): Änderung der Wettbewerbsfähigkeit der Holz- und Papierwirtschaft in Deutschland auf Grund zunehmender Knappheit an Nadelholz. Allgemeine Forst und Jagdzeitung: German Journal of Forest Research. 183 Jahrgang, Heft 5/6, J.D. Sauerländers Verlag: Frankfurt am Main, S. 116-128 (peer reviewed).

Wert in der Summe Nettoexportüberschüsse auf. Das gilt auch für die im Holzbausektor wichtigen Halbfertigwaren Schnittholz und Holzwerkstoffplatten. Die für den Holzbau ebenfalls relevante Warengruppe Nadelrohholz weist dagegen seit 2008 mit jährlichen Nettoimportüberschüssen von rd. 4 Mio. m³ einen negativen Saldo aus.

Ein Großteil des deutschen Außenhandels mit Nadelrohholz erfolgt mit Nachbarländern und weiteren EU-Mitgliedstaaten. In der bilateralen Betrachtung weist Deutschland nennenswerte Nettoimportüberschüsse von Nadelrohholz im Außenhandel mit Frankreich, Polen und Tschechien auf sowie Nettoexportüberschüsse im Außenhandel mit Österreich³⁸.

29. Mit welchen Auswirkungen auf den Holzbau rechnet die Bundesregierung vor dem Hintergrund des in der Waldstrategie 2020 angestrebten verstärkten Anbaus von Laubbäumen?

Eine naturnahe Waldbewirtschaftung mit einer Erhöhung des Laubbaumanteils in den Wäldern war bereits lange vor Erarbeitung der Waldstrategie 2020 ein Ziel der Bundesregierung. Aufgrund der langen forstlichen Produktionszeiträume werden sich diese waldbaulichen Veränderungen auf das Rohholzaufkommen und die Rohholzverwendung erst langfristig und nicht abrupt auswirken.

Es ist davon auszugehen, dass sich die Holzindustrie Veränderungen des Rohstoffangebotes stellt und unter anderem die Möglichkeit einer verstärkten Laubholznutzung im Bausektor prüft. Die Bundesregierung unterstützt die klein- und mittelständischen Betriebe bei der Bewältigung der damit verbundenen Herausforderungen z. B. im Rahmen der Forschungs- und Entwicklungsprojekte (BMELV-Ressortforschung und Forschungsförderung über den Projektträger FNR, Laubholzkongress 2012³⁹).

30. Wie schätzt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die zukünftige Bestandsstruktur von Sägewerken, im speziellen Nadelholzsägewerken, ein?

Die zukünftige Bestandsstruktur von Sägewerken wird von der Nachfrage nach Holz bestimmt. In Deutschland ist heute nicht nur die Sägeindustrie, sondern die gesamte erste Bearbeitungsstufe (einschließlich Holzwerkstoff-, Zellstoff- und Papierindustrie) mit einem Verwendungsanteil von über 90 Prozent vom Nadelrohholz dominiert. Aufgrund des deutlichen Kapazitätsausbaus nach der Wiedervereinigung Deutschlands wird bei einer Gegenüberstellung des inländischen Nadelrohholzpotenzials (Waldentwicklungs- und Holzaufkommensmodell WEHAM) und des Inlandsbedarfs dieses bereits heute weitgehend abgeschöpft⁴⁰. Dabei dürfte die zumindest regional angespannte Nadelrohholzversorgung auch auf die in den vergangenen Jahren vor allem im energetischen

³⁸ Seitsch, Björn (2011): Holzbilanzen 2009 und 2010 für die Bundesrepublik Deutschland. vTI, Arbeitsbericht des Instituts für Ökonomie der Forst- und Holzwirtschaft 2011/4, Hamburg.

³⁹ FNR-Tagungsbeiträge: Broschüre Band 40 „Stoffliche Nutzung von Laubholz 2012 (Gülzower Fachgespräche).

⁴⁰ Ochs, T.; Duschl, C. & Seitsch, B. (2007a): Struktur und Rohstoffbedarf der Holzwirtschaft: Teil I der Studie „Regionalisierte Struktur- und Marktanalyse der 1. Verarbeitungsstufe der Holzwirtschaft“. Holz-Zentralblatt, 133. Jg., Nr. 10, S. 269–271.

Ochs, T.; Duschl, C. & Seitsch, B. (2007b): Rohstoffversorgung beim Nadelholz angespannt: Teil II der Studie „Regionalisierte Struktur- und Marktanalyse der 1. Verarbeitungsstufe der Holzwirtschaft“. Holz-Zentralblatt, 133. Jg., Nr. 12, S. 318–320.

Bereich gestiegene Roh- und Restholzverwendung zurückzuführen sein⁴¹. Vor diesem Hintergrund ist die Nadelrohholzversorgung der Säge-, Holzwerkstoff-, Zellstoff- und Papierindustrie bereits heute als angespannt zu betrachten. Diese Entwicklung ist vom laubholzorientierten Waldumbau bisher noch nicht entscheidend beeinflusst.

Die für die Sägeindustrie relevanten sägefähigen Nadelrundholzsortimente stammen schwerpunktmäßig aus Durchforstung und Endnutzung von 50- bis 120-jährigen Beständen. Aufgrund des weitgehend abgeschöpften inländischen Nadelrohholzpotenzials macht die deutsche Holzwirtschaft in jüngster Zeit zunehmend von der Möglichkeit des Außenhandels bei ihrer Nadelrohholzversorgung Gebrauch⁴².

Aktuelle Informationen zur Struktur der Sägeindustrie liegen durch eine Standortstudie von Döring und Mantau vor⁴³. In diesem (im Rahmen der Umsetzung der Holzcharta durchgeführten) „Holzrohstoffmonitoring“ wurden Informationen zu sämtlichen bundesdeutschen Sägewerksstandorten empirisch erhoben. Für das Jahr 2010 konnten demnach 2 194 Sägewerksstandorte identifiziert werden. Diese hatten in 2010 einen Rohholzeinschnitt von insgesamt 37,3 Mio. m³ (davon 93,9 Prozent Nadelholz und 6,1 Prozent Laubholz). Auf die Betriebsgrößenklasse „über 50 000 m³ Jahreseinschnitt“ entfielen 4,6 Prozent der Gesamtanzahl (101 Sägewerksstandorte) und 77,7 Prozent am Gesamteinschnitt. Ausgehend vom Jahr 2002 (Holzeinschnitt: 30,768 Mio. m³; Schnittholzproduktion: 18,958 Mio. m³) ist ein deutliches Wachstum der deutschen Sägeindustrie bis zum Jahr 2005 (Einschnitt: 37,234 Mio. m³; Schnittholzproduktion: 22,619 Mio. m³) festzustellen. Im Vergleich zum Jahr 2005 bewegten sich Holzeinschnitt und Schnittholzproduktion in 2010 auf einem vergleichbaren Niveau (Einschnitt: 37,274 Mio. m³; Schnittholzproduktion: 22,265 Mio. m³). Wesentliche Ursachen für diese Stagnation sind

- Konsolidierungsprozesse im Rahmen der Finanz- und Immobilienkrise sowie
- eine angespannte Ertragssituation aufgrund gestiegener Nadelrohholzpreise (bei anhaltend hohen Verarbeitungskapazitäten) und scharfer Preiswettbewerb auf der Absatzseite (vergleichsweise niedriges Preisniveau auf den internationalen Nadelschnittholzmärkten).

Eine „SWOT-Analyse“ zur bundesweiten Cluster-Studie Forst und Holz des BMELV (2008), die ebenfalls im Rahmen der Holzcharta durchgeführt wurde, bestätigte die angespannte Nadelrohholzversorgung und das Rohholzpreisniveau als wesentliche gegenwärtige und zukünftige Risikofaktoren für die heimische Sägeindustrie⁴⁴.

⁴¹ Mantau, U. (2012): Holzrohstoffbilanz Deutschland: Entwicklungen und Szenarien des Holzaufkommens und der Holzverwendung von 1987 bis 2015. Hamburg.

⁴² Seintsch, Björn; Weimar, Holger (2012): Actual situation and future perspectives for supply and demand of hardwood in Germany. Németh Róbert, Teischinger Alfred (Editors): The 5th conference on hardwood research and utilisation in Europe (6th and 7th Sept. 2012, Sopron). Sopron, Hungary: Univ of West Hungary Pr, p. 301-312 (peer reviewed).

⁴³ Döring, P.; Mantau, U. 2012: Standorte der Holzwirtschaft: Sägeindustrie: Einschnitt und Sägenebenprodukte 2010. Universität Hamburg, Zentrum Holzwirtschaft, Arbeitsbericht: Ökonomie der Holz- und Forstwirtschaft, Hamburg.

⁴⁴ Lückge, Franz-Josef; Dispan, Jürgen; Held, Christian; Seintsch, Björn (2008): Zur Wettbewerbsfähigkeit der Holzindustrie: Swot-Analyse und zukünftige Rahmenbedingungen der 1. Verarbeitungsstufe des bundesweiten Clusters Forst und Holz (Teil II). Holz-Zentralblatt, 134. Jahrgang, Nummer 10, 7. März 2008, S. 265–268.

Grulke, Markus; Held, Christian; Statz, Jochen; Lückge, Franz-Josef; Dispan, Jürgen; Seintsch, Björn (2008): Zukünftige Wettbewerbsfähigkeit der 1. Verarbeitungsstufe: Swot-Analyse und zukünftige Rahmenbedingungen der 1. Verarbeitungsstufe des bundesweiten Clusters Forst und Holz (Teil IV). Holz-Zentralblatt, 134. Jahrgang, Nummer 46, 14. November 2008, S. 1310–1312.

31. Sieht die Bundesregierung in diesem Zusammenhang Auswirkungen auf Holzbaubetriebe, und wenn ja, welche?

Märkte sind nicht statisch, sondern dynamisch. Die Bundesregierung schafft die Rahmenbedingungen, damit sich die Holzbaubetriebe dynamisch der Nachfrage anpassen können.

Eine Antwort auf diese Frage, sofern sie auf Tendenzen im Bestand deutscher Sägewerke abzielen sollte, ist nicht möglich. Einerseits steht die Branche unter einem zunehmenden Anpassungsdruck. Andererseits laufen Bemühungen z. B. im Rahmen der Umsetzung der Waldstrategie 2020, um auf eine Entspannung dieser Situation hinzuwirken. Auch mit Blick auf die Verwirklichung der ambitionierten nationalen Klimaschutzziele, wozu nachwachsende Rohstoffe und erneuerbare Energien schon heute einen unverzichtbaren Beitrag leisten, gewinnen Zielsetzungen wie die Mobilisierung bestehender, nachhaltig verfügbarer Holzpotenziale und Erschließung neuer, zusätzlicher Holzpotenziale zusätzlich an Bedeutung.

32. Werden durch die Bundesregierung Forschungsaufträge vergeben, welche die Verwendung von Laubholz im Holzbaubereich voranbringen, und wenn ja, welche?

Welche Lösungsansätze sind für die Bundesregierung bis dato besonders vielversprechend?

Über das „Förderprogramm Nachwachsende Rohstoffe“ des BMELV wurden und werden seit 2008 (Stand: 1. Januar 2013) 33 Vorhaben zur Verwendung von Laubholz im Bereich Bauen und Wohnen gefördert. Für diese Vorhaben sind bis 2012 4,94 Mio. Euro an Haushaltsmitteln aus dem Einzelplan 10 BMELV, Kapitel 10 02, Titelgruppe 08 geflossen. Für die Förderung dieser Vorhaben sind ab dem Haushaltsjahr 2013 aus dem Einzelplan 10 BMELV, Kapitel 10 05, Titelgruppe 01 Fördermittel in Höhe von weiteren 2,71 Mio. Euro vorgesehen. Das sind insgesamt ca. ein Viertel der für die Holzforschung gebundenen Mittel über das „Förderprogramm Nachwachsende Rohstoffe“. Besonders vielversprechende Ansätze sieht die Bundesregierung in Vorhaben, die sich mit der Verwendung von Laubholz bei der Herstellung von Holzwerkstoffen beschäftigen. Hier sind beispielhaft Vorhaben wie

- Materialkennwerte von Eschenholz für den Einsatz in Brettschichtholz,
- Verbundvorhaben „Stoffliche Verwertung von Weichlaubhölzern zur Entwicklung neuer Generationen von Holzwerkstoffen“ oder
- Nachwuchsgruppe „Schaffung neuer Absatzmärkte und Anwendungsfelder für heimische Laubhölzer unter Anwendung neuartiger Technologien“

zu nennen (siehe auch Antwort zu Frage 29).

33. Wie beurteilt die Bundesregierung die Betriebsstruktur der Zimmerei- und Holzbaubetriebe, die vorwiegend aus Kleinstbetrieben besteht?

Welche Chancen und Risiken leitet die Bundesregierung daraus ab?

In den letzten Jahren hat das Zimmerer- und Holzbaugewerbe in Deutschland in erheblichem Maße von einer stabilen Arbeitsmarktentwicklung und Gehältern sowie vermehrten Investitionen in Immobilien profitiert, darüber hinaus erfreuliche Umsatzzuwächse zu verzeichnen. So ist der betriebliche Umsatz im Zimmerer- und Holzbauhandwerk kontinuierlich von 5,43 Mrd. Euro (2010; +9 Prozent) über 5,97 Mrd. Euro (2011; +10 Prozent) auf 6,15 Mrd. Euro

(2012; +3 Prozent) gestiegen. Gleiches gilt für die Anzahl der Betriebe im Zimmerer- und Holzbaugewerbe. Ausgehend von 10 741 Unternehmen im Juni 2008 hat sich die Zahl der Zimmerer- und Holzbaubetriebe auf 11 010 Unternehmen im Juni 2011 ebenfalls stetig vergrößert. Dieser Expansionskurs hat sich zudem positiv auf die Beschäftigtenzahlen ausgewirkt.

Die durchschnittliche Anzahl der Beschäftigten je Betrieb im Zimmerer-/Holzbau-Handwerk bewegt sich seit mehreren Jahren auf einem sehr konstanten Niveau. Nach jüngsten Angaben des Statistischen Bundesamtes für den Zeitraum 2008 bis 2011 zählte ein durchschnittlicher Handwerksbetrieb im Zimmerer-/Holzbaugewerbe rund 5,5 Beschäftigte. Die Größenklassen der Betriebe zeichnen dabei ein klares Bild. Die überwältigende Mehrheit von 84,7 Prozent aller Betriebe im Zimmerer-/Holzbaugewerbe haben laut Statistischem Bundesamt zwischen 1 und 9 Beschäftigten. Weitere 12,4 Prozent beschäftigen zwischen 10 und 19 Mitarbeiter. Lediglich 2,9 Prozent aller Zimmerer- und Holzbaubetriebe zählen mehr als 19 Beschäftigte. Die Zahlen verdeutlichen eine sehr kleinteilige aber keinesfalls problembehaftete Betriebsstruktur im Zimmerer-/Holzbauhandwerk, die zudem sehr charakteristisch für die durchschnittliche Beschäftigtenverteilung im deutschen Handwerk ist (rund 7 Beschäftigte je Betrieb). Eine Stärke des Zimmerer- und Holzbaugewerbes liegt ferner in der überdurchschnittlichen Ausbildungsquote. Sie betrug 2011 rund 10 Prozent.

Vor diesem Hintergrund ergeben sich für die Bundesregierung aus der kleinstbetrieblichen und dadurch sehr homogenen Struktur des Zimmerer- und Holzbaugewerbes heute wie in Zukunft erhebliche Wachstumschancen und Wertschöpfungsperspektiven, die viele positive Effekte für eine nachhaltig erfolgreiche Entwicklung des deutschen Mittelstandes gerade auch in ländlichen Räumen bewirken können.

Im Übrigen ist Betriebsstruktur in Zimmerei- und Holzbaubetrieben das Ergebnis von Marktprozessen. Die Bundesregierung fördert Kleinstbetriebe im Rahmen der Mittelstandsförderungsprogramme. Es ist unternehmerische Aufgabe, Chancen und Risiken im Bereich der Zimmerei und des Holzbaus zu nutzen. Die vorerwähnten Zahlen zeigen, dass Chancen erfolgreich genutzt werden und die Politik der Bundesregierung, die auf Stärkung der unternehmerischen Initiative ausgerichtet ist, höchst erfolgreich ist.

34. Welche Förderungen von Seiten der Bundesregierung existieren, um auch den Kleinstbetrieben im Zimmerei- und Holzbaubereich Innovationen zu ermöglichen und Investitionen zu tätigen?

Über die ERP- und KfW-Programme stehen der mittelständischen deutschen Wirtschaft Förderprogramme zur Verfügung, die Investitionen und Innovationen durch zinsverbilligte Darlehen unterstützen. Diese Programme fokussieren nicht auf bestimmte Wirtschaftsbereiche und stehen Betrieben und Kleinstbetrieben des Zimmerei- und Holzbaubereichs offen.

Über das BMELV-„Förderprogramm Nachwachsende Rohstoffe“ können auch Innovationen im Rahmen von Forschung und Entwicklung in Kleinstbetrieben gefördert werden.

35. Welche Schlussfolgerungen und Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Entwicklung der Ausbildungszahlen im Zimmerei- und Holzbaubereich?

Wie hat sich dieser Ausbildungsmarkt seit 2003 entwickelt?

Die Entwicklung des Ausbildungsmarktes im Zimmerei- und Holzbaubereich (Auszubildende sowie neu abgeschlossene Ausbildungsverträge) ist den Tabellen 8 und 9 zu entnehmen Allgemein kann festgehalten werden, dass sich die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge im Zimmerei- und Holzbereich tendenziell im Gesamttrend des Ausbildungsmarktes entwickelt hat. Rückgänge sind dabei auch als Folge der demografischen Entwicklung und sinkender Schulabgängerzahlen zu sehen.

Insgesamt verläuft die Entwicklung der Ausbildungsstellensituation im Zimmerei- und Holzbaubereich in etwa parallel zu der wirtschaftlichen Gesamtsituation in der Bauwirtschaft. Erfreulich ist die positive Entwicklung seit 2010, die nicht in allen Baubranchen eingesetzt hat. So ist die Entwicklung im Ausbildungsberuf „Maurer“, dem ausbildungstärksten Beruf der Baubranche, seit 2003 rückläufig (2003: 13.619, 2009: 9.834, 2011: 9.236 Auszubildende).

Da das Zimmerergewerbe hinsichtlich der Akquirierung von immer knapper werdenden Auszubildenden mit anderen Branchen der Wirtschaft in Konkurrenz steht, ist eine Unterstützung der Betriebe im Rahmen der allgemeinen Fördermaßnahmen zur Verbesserung der Ausbildungssituation/des Fachkräftebedarfs geboten.

So wird u. a. die passgerechte Besetzung von Ausbildungsplätzen in KMU, zu denen die meisten Zimmererbetriebe zählen, durch das BMWi-Programm „Unterstützung von KMU bei der passgenauen Besetzung von Ausbildungsplätzen sowie bei der Integration von ausländischen Fachkräften – PV – KMU“ gefördert.

Tabelle 8: Entwicklung Auszubildende im Zimmerei- und Holzbaubereich in Deutschland

Berufe	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Drechsler/-in (Elfenbeinschnitzer)	51	51	48	45	45	27	27	21	18
Fachkraft für Holz- und Bautenschutzarbeiten ¹	-	-	-	-	18	36	45	36	33
Holz- und Bautenschützer/ -in ¹	-	-	-	-	45	72	117	129	117
Holzbearbeitungsmechaniker/-in	651	780	831	855	888	855	732	639	573
Holzmechaniker/-in	3.501	3.606	3.744	3.696	3.621	3.279	2.883	2.424	2.010
Tischler/-in	26.922	24.684	23.472	23.124	22.887	22.305	21.213	19.584	18.744
Zimmerer/ Zimmerin	8.344	7.722	7.425	7.362	7.212	6.993	6.702	6.582	6.939
Berufe im Holzbau Gesamt	39.469	36.843	35.520	35.082	34.716	33.567	31.719	29.415	28.434
Ausbildungsberufe insgesamt²	1.581.630	1.564.065	1.553.436	1.570.614	1.594.773	1.613.343	1.571.457	1.508.328	1.460.658

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember); Anmerkungen siehe unten;

¹ Der Ausbildungsberuf wurde 2007 erlassen.

² inkl. § 66 BBiG/ § 42m HwO.

Anmerkungen: Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Ingesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

Auszubildende sind Personen in einem Berufsausbildungsverhältnis (mit Ausbildungsvertrag), die einen anerkannten Ausbildungsberuf im Sinne des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) bzw. der Handwerksordnung (HwO) erlernen, d. h., einen der staatlich anerkannten Ausbildungsberufe nach § 4 Absatz 1 BBiG bzw. § 25 Absatz 1 HwO, einen Beruf in Erprobung nach § 6 BBiG bzw. § 27 HwO, oder einen der Berufe nach Ausbildungsregelungen für Menschen mit Behinderung, welche die zuständigen Stellen nach § 66 BBiG bzw. § 42m HwO treffen können; z. T. wird auch der Begriff Lehrlinge oder Personen in dualer Berufsausbildung verwendet.

Tabelle 9: Entwicklung neu abgeschlossener Ausbildungsverträge in Berufen des Zimmerei- und Holzbaubereichs und insgesamt

Berufe	2003 ¹⁾	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Drechsler/-in (Elfenbeinschnitzer)		15	15	15	9	6	9	9	3	9
Fachkraft für Holz- und Bautenschutzarbeiten ²⁾	-	-	-	-	9	18	24	21	21	30
Holz- und Bautenschützer/ -in ²⁾	-	-	-	-	30	42	51	57	45	36
Holzbearbeitungsmechaniker/-in		387	282	324	354	285	204	240	231	204
Holzmechaniker/-in		1.272	1.374	1.416	1.410	1.113	900	864	765	657
Tischler/-in	9.858	9.843	9.021	9.285	10.026	9.285	8.481	8.238	8.205	7.860
Zimmerer/ Zimmerin		3.318	3.072	3.036	3.138	3.009	2.820	2.976	3.495	3.486
Berufe im Holzbau Gesamt		14.841	13.764	14.073	14.979	13.758	12.468	12.408	12.768	12.282
Ausbildungsberufe insgesamt ²	557.634	572.979	550.179	576.153	625.884	616.341	564.306	559.959	569.379	551.271

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30. September¹⁾ Der Ausbildungsberuf wurde 2007 erlassen.

Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; Gesamtwert kann daher von der Summe der Einzelwerte abweichen

¹⁾ Einzelberufe im Rahmen der BIBB-Erhebung zum 30.9. erst seit 2004 ausgewiesen, insofern liegen für 2003 für die meisten Berufe keine Daten vor.

²⁾ Der Ausbildungsberuf wurde 2007 erlassen.

Hinsichtlich der Montage von Fertighäusern (auch in Holzbauweise) haben sich die Sozialpartner, die Bundesministerien für Wirtschaft und Technologie (BMWi) und für Bildung und Forschung (BMBF) sowie die Länderseite verständigt, durch die Schaffung einer entsprechenden Fachrichtung „Montage von Innenausbauten und Bauelementen“ in den Ausbildungsberuf „Holzmechaniker“ für diese Branche einen „passgenauen Beruf“ zu schaffen.

36. Sieht die Bundesregierung vor dem Hintergrund des demographischen Wandels konkreten Handlungsbedarf vor allem im ländlichen Raum, damit sich zukünftig ausreichend junge Leute für den Zimmerei- und Holzbaubereich als berufliche Perspektive entscheiden?

Wenn ja, welchen?

Wenn nein, warum nicht?

Die duale Ausbildung und berufliche Weiterbildung spielen in allen Branchen bei der Sicherung des Fachkräftenachwuchses eine wichtige Rolle. Die Bundesregierung greift mit der Informationskampagne „Berufliche Bildung – praktisch unschlagbar“⁴⁵ die Thematik auf und zeigt im Rahmen der Kampagne die Entwicklungsmöglichkeiten und Perspektiven der dualen Berufsausbildung auf. Wesentliche Ziele der Informationsoffensive sind, die Attraktivität der beruflichen Aus- und Weiterbildung in der Wahrnehmung der Bevölkerung zu verdeutlichen und gezielt insbesondere leistungsfähige und leistungsbereite Jugendliche für die duale Bildung zu gewinnen.

37. Welche Möglichkeiten der Weiterbildung im Zimmerei- und Holzbaubereich werden durch die Bundesregierung gefördert?

Im Zimmerei- und Holzbaubereich ist eine Förderung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz möglich. Das von Bund und Ländern gemeinsam finanzierte Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) – sog. MeisterBAföG – begründet einen individuellen Rechtsanspruch auf Förderung von beruflichen Aufstiegsfortbildungen, d. h. von Meisterkursen oder anderen auf einen vergleichbaren Fortbildungsabschluss vorbereitenden Lehrgängen.

Die Bundesagentur für Arbeit verfügt über ein breites Angebot an Förderinstrumenten, mit denen neben arbeitslosen Personen auch beschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer berufliche Weiterbildung erhalten können. Mit den Förderinstrumenten sind bei Vorliegen der rechtlichen Voraussetzungen auch Weiterbildungen im Zimmerei- und Holzbaubereich möglich. Von besonderer Bedeutung sind hierbei die Initiative zur Flankierung des Strukturwandels (IFlaS) und das Programm Weiterbildung Geringqualifizierter und beschäftigter älterer Arbeitnehmer in Unternehmen (WeGebAU). In kleinen und mittleren Unternehmen können neben den älteren Arbeitnehmern ab dem 45. Lebensjahr auch jüngere Arbeitnehmer unabhängig von der Ausgangsqualifikation eine Weiterbildung gefördert erhalten (befristet bis 31. Dezember 2014).

Das Weiterbildungsportal „KURS-NET“ der Bundesagentur für Arbeit enthält verschiedene für die Weiterbildungsförderung zugelassene Weiterbildungsangebote im Bereich Zimmerei und Holzbau. Hierbei handelt es sich z. B. um

- Umschulungen zum/r Zimmerer/in, Tischler/in, Holzmechaniker/in, Bootsbauer/in, Fachkraft für Möbel-, Küchen- und Umzugs-service, Ausbaufacharbeiter/in etc.,

⁴⁵ www.praktisch-unschlagbar.de.

- Aufstiegsfortbildungen zum/r Zimmerermeister/in, Tischlermeister/in, staatl. geprüften Techniker/in Fachrichtung Holztechnik, Restaurator/in im Zimmererhandwerk etc.
- Fachfortbildungen: Holz- und Holzbautenschutz, Holzkunde, Holzwerkstoffe, Holzoberflächenbehandlung, Bedienung und Wartung von Holzbe- und Holzverarbeitungsmaschinen, Bautechnik, Innenraumgestaltung, Möbelbau und -montage, Restaurierungsarbeiten, Holzbau im Garten- und Landschaftsbereich, Holzrahmenbau, Holzbearbeitung mit NC/CNC-Technik, CAD in der Holztechnik etc.

38. Wie schätzt die Bundesregierung das Fachkräftepotential für Holzbetriebe im ländlichen Raum ein?

Siehe Antwort zu Frage 33.

39. Sind der Bundesregierung konkrete Programme bekannt, die gezielt auf die Gesundheitsprävention von Zimmerern zugeschnitten sind, und wenn ja, welche?

Fördert die Bundesregierung solche Programme?

Grundsätzlich können Holzbaubetriebe bei der Stärkung der gesundheitlichen Ressourcen und Fähigkeiten ihrer Beschäftigten von den Krankenkassen auf der Grundlage des § 20a des Fünften Buches Sozialgesetzbuch mit Leistungen zur betrieblichen Gesundheitsförderung unterstützt werden. Die Krankenkassen orientieren sich dabei unter Berücksichtigung auch der branchenspezifischen Besonderheiten an den konkreten Bedarfen der jeweiligen Betriebe und arbeiten mit den zuständigen Trägern der gesetzlichen Unfallversicherung zusammen. Die Präventionsaktivitäten der Krankenkassen werden im jährlichen Präventionsbericht des GKV-Spitzenverbands und des Medizinischen Dienstes des Spitzenverbandes Bund der Krankenkassen ausgewertet. Die Auswertung erfolgt branchenspezifisch, nicht jedoch nach einzelnen Berufsgruppen.

Der Ausbau der betrieblichen Gesundheitsförderung ist ein zentrales Anliegen der Bundesregierung. Der von der Bundesregierung am 20. März 2013 beschlossene Gesetzentwurf zur Förderung der Prävention sieht vielfältige Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die betriebliche Gesundheitsförderung vor, um die Zahl der Unternehmen, insbesondere der auch im Zimmerer- und Holzbaugewerbe vorherrschenden kleinen und mittleren Unternehmen zu erhöhen, die in der betrieblichen Gesundheitsförderung aktiv sind. So ist vorgesehen, dass die Krankenkassen ihr finanzielles Engagement für Präventionsleistungen deutlich ausweiten und speziell für Leistungen zur betrieblichen Gesundheitsförderung zukünftig mindestens 2 Euro jährlich je Versicherten aufwenden. Um einen niedrighwelligen Zugang gerade der kleineren Unternehmen zu Leistungen zur betrieblichen Gesundheitsförderung sicherzustellen, sollen die Krankenkassen zudem in gemeinsamen regionalen Koordinierungsstellen unter Beteiligung örtlicher Unternehmensorganisationen wie den Handwerkskammern und Industrie- und Handelskammern Beratung und Unterstützung anbieten und dabei auch branchen- und berufsspezifische Präventionsbedarfe berücksichtigen.

40. Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit der Bundesregierung mit dem Bund Deutscher Zimmermeister im Zentralverband des Deutschen Baugewerbes?

Die Zusammenarbeit zwischen der Bundesregierung und „Holzbau Deutschland – Bund Deutscher Zimmermeister im Zentralverband des Deutschen Baugewerbes“ (BDZ) gestaltet sich ebenso sachlich wie vertrauensvoll. Fachliche Kontakte im holzmarktpolitischen Bereich bestehen aktuell v. a. im Zusammenhang mit der Teilnahme deutscher Holzwirtschaftsverbände am Runden Tisch „Nachhaltiges Bauen“, hinsichtlich der Abwicklung des Holzabsatzfonds oder mit Blick auf die Bemühungen der Wirtschaft um den Aufbau einer Nachfolgeorganisation für eine zentrale Holzabsatzförderung auf freiwilliger Basis. Eine weitere Kontaktschiene auf Bundesebene besteht über die enge Zusammenarbeit des BMVBS mit dem Zentralverband des Deutschen Baugewerbes (ZDB) sowie mit dem BMWi in Wirtschafts- und sektorpolitischen Fragen.

Die Bundesregierung steht berechtigten Anliegen der Fachverbände stets aufgeschlossen gegenüber und ist auch in Zukunft bestrebt, die konstruktive Zusammenarbeit erfolgreich fortzuführen.

41. Inwieweit bindet die Bundesregierung Hochschulen, Architekten, Planer und Ingenieure in das Ziel der Charta für Holz ein, den Pro-Kopf-Verbrauch von Holz durch dessen Verwendung als Baustoff zu steigern?

Die Holzcharta ist eine von der Bundesregierung angestoßene Initiative zur Steigerung der Holzverwendung aus nachhaltiger Erzeugung, die von den interessierten gesellschaftlichen Kreisen aus den Bereichen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Umwelt und Soziales mitgestaltet wurde. Die Teilziele und Maßnahmen sowie die nach wie vor aktiven Akteure sind in der Holzcharta auf S. 20ff. nachzulesen⁴⁶. Bei ihrer Umsetzung werden zahlreiche Fachkontakte zwischen den einzelnen Akteuren genutzt, u. a. über den jährlich tagenden Ausschuss über Entwicklung und Zusammenarbeit der Forst- und Holzwirtschaft beim BMELV, über den Runden Tisch Nachhaltiges Bauen des BMVBS oder über Fachveranstaltungen wie z. B. den BMELV-Laubholzkongress 2012 in Würzburg.

⁴⁶ Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL) (2004): Verstärkte Holznutzung: Zugunsten von Klima, Lebensqualität, Innovation und Arbeitsplätzen (Charta für Holz). Berlin.

